

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922... Preis für den Monat Oktober 1922...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3... Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293...

Sonabend, den 28. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3... Postfachkonto: Berlin 375 36...

Bonar Law über die Reparation.

London, 27. Oktober. (B.B.) In seiner Rede in Glasgow, die sich zum größten Teil mit seinem veröffentlichten Manifest bezieht, erklärte der neue Premierminister Bonar Law weiter, die Zeit sei gekommen, wo man internationale Angelegenheiten dem Foreign Office überlassen sollte und wo Konferenzen eine Ausnahme bilden sollten.

Er gebe bereitwillig zu, daß für den früheren Premierminister besondere Gründe dafür bestanden, daß er einen ungewöhnlichen Anteil an der Außenpolitik nahm. Lord George sei es gewesen, der den Friedensvertrag gemacht habe und die Schwierigkeiten seien in der Hauptsache durch diesen Vertrag entstanden.

Bonar Law fuhr fort, die wirklichen Schwierigkeiten hingen mit den Reparationen zusammen. Er habe nicht, darüber zu sprechen, aber jedermann wisse, daß

ein Gefühl der größten Bitterkeit gegenüber England entstanden sei. Seiner Ansicht nach sei dies nicht gerechtfertigt. Es geschähe niemand von England Unrecht; am wenigsten sei dies bei Lord George der Fall, der der glänzenden Opfer gedachte, die Frankreich im Kriege gebracht habe, und der bestreite sei — und dies galt auch von ihm selbst — das alliierte Frankreich ehrenhaft um die Last zu behandeln.

Bei den letzten Wahlen in England habe jedermann (mit Ausnahme der Arbeiterpartei) Red. d. „N.“ und nicht nur Lord George und seine Anhänger gesprochen, als wozu sie dächten, Deutschland werde die ganzen Kriegsschulden bezahlen. Bonar Law sagte, er habe dies niemals gesagt. Er sei außer Fühlung mit seinen Anhängern im Unterhause gewesen bei der Aussprache zur Zeit, als der Vertrag von Versailles vereinbart wurde.

Er sei nicht allzu zuversichtlich gewesen; er habe von Anfang an gewußt, daß diese große Summe unmöglich sei, und er könne ehrlich sagen, er habe niemals die Hoffnung gehegt, daß sie bezahlt werde.

Vereinigten Staaten mit dem Völkerbund

vereinigt sein würden. Dadurch würde sein Wert ungeheuer vermehrt werden. Der Ansicht eines kolonialen Blattes gegenüber, das Großbritannien verurteilt habe, weil es die Meerengen und Konstantinopel zu einem zweiten Gibraltar machen wolle, erklärte Bonar Law, dies sei lächerlich. Der Himmel wisse, daß die Verantwortlichkeiten Englands groß genug seien, und daß man sie nicht noch vermehren werde.

Im weiteren Verlauf seiner Rede nannte er Lord George die zweifellos größte Persönlichkeit der heutigen englischen Politik und sagte, als demokratischer Führer, „als dynamische Kraft“ sei Lord George der größte Mann, den England je gehabt habe, Gladstone nicht ausgenommen. Bonar Law gab der Hoffnung Ausdruck, eine unionistische Mehrheit im zukünftigen Unterhause zu erhalten, und schloß seine Rede mit den Worten: Was auch immer geschieht, welche Regierung auch immer ans Ruder kommt, nach meiner Ansicht werden Enttäuschungen entstehen. Wir können sie nicht verhindern, die Probleme sind da, wir werden ihnen entgegenstreiten.

Der belgische Vermittlungsvorschlag.

Paris, 27. Oktober. (Dena.) Die Reparationskommission hatte den belgischen Vermittlungsvorschlag gestern einstimmig angenommen. Danach wird die Frage der Finanzkontrolle in den Vordergrund gerückt, während über das Moratorium erst auf der Brüsseler Konferenz entschieden werden soll. Die Berliner Besprechungen der Reparationskommission werden infolgedessen hauptsächlich der Frage der Finanzkontrolle gewidmet sein. Vorhau hatte gestern Abend noch eine ausführliche Besprechung mit Poincaré über den belgischen Vorschlag. Wie es heißt, wird Bradbury nochmals nach London fahren, um dort neue Instruktionen einzuholen. Es scheint in der Tat, daß es Vorhau gelungen ist, Bradbury von der Notwendigkeit der Finanzkontrolle zu überzeugen. Diese Kontrolle müßte im Einvernehmen mit der deutschen Regierung festgelegt werden. Vor allem will die Reparationskommission aber eine Balancierung des deutschen Budgets erreichen. Diese Balancierung des Budgets, die mit der Stabilisierung der Mark gleichzeitig erfolgen müßte, würde notwendigerweise die Gewährung gewisser Zahlungsaufschübe für die Darlehnungen, wenn auch nicht für die Sachleistungen mit sich bringen. Ferner besteht die Reparationskommission darauf, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht verschärft werden sollen.

Die Beratungen beim Reichskanzler.

In der Sitzung der Parteiführer mit der Reichsregierung am Donnerstag war die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschlossen worden, die über die sozialdemokratischen Vorschläge zur Stabilisierung der Mark beraten soll. Die Untersuchungskommission ist auf heute, Sonnabend, vormittag 11 1/2 Uhr, einberufen worden. Von der Sozialdemokratie gehören ihr an die Genossen Hermann Müller und Dr. Hülferding.

Die von unserer Reichstagsfraktion eingesehene Verhandlungskommission hat es für notwendig gehalten, den Fraktionsvorstand, der aus etwa 20 Mitgliedern besteht, auf Montag vormittag 10 Uhr einzuberufen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die sich aus den bisherigen Verhandlungen mit den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ergeben hat.

Der Zusammentritt des Vorstandes unserer Reichstagsfraktion kennzeichnet, so schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, den Ernst der innenpolitischen Lage. Die Sozialdemokratie ist sich klar darüber, daß auf unsere außenpolitische Lage bei der Erörterung innerpolitischer Fragen Rücksicht genommen werden muß, d. h. jedoch nicht, daß wir eine Verschleppungstaktik walden müssen, die bei unserer wirtschaftlichen Lage nur zum Schaden des Volkes wirken kann. Der Fraktionsvorstand wird sich deshalb insbesondere mit dem Gang und der Art der Verhandlungen beschäftigen und darüber beschließen, ob die Situation eine Einberufung der Gesamtfraktion notwendig macht. Wenn die Gesamtfraktion nicht sofort einberufen wurde, so lediglich mit Rücksicht auf die sächsische Landtagswahlbewegung, an der mitzuarbeiten der größte Teil der Fraktionsmitglieder schon seit längerer Zeit verpflichtet ist.

Deutschnational-kommunistischer Schwindel.

Ueber die Reden, die von unseren Vertretern in der Parteiführerbesprechung am letzten Donnerstag gehalten sind, ist, wie hier schon gesagt wurde, vom deutschnationalen „Tag“ ein zu seinen Zwecken tendenziös verdrehter Bericht verbreitet worden. Einzelne Aeußerungen dieses Berichts sind dann von der äußersten Linken aufgegriffen worden. Für anhängige Menschen ist ohne weiteres klar, daß die genannten

Genossen für Unwahrheiten, die von der deutschnationalen Presse behauptet und von der kommunistischen in ihrer Art ausgeschlachtet werden, keinerlei Verantwortung tragen.

Beratungen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sind, wie die Telegraphen-Union berichtet, am Freitag vormittag um 11 Uhr, wie beabsichtigt, im Reichstag zusammengetreten, um den Versuch zu machen, ein genuines wirtschaftspolitisches Programm aufzustellen. Es ist beabsichtigt, bis zum Abschluß dieser Verhandlungen die allgemeine Aussprache beim Reichskanzler gemeinsam mit den Sozialdemokraten nicht fortzusetzen, sondern erst, wenn die Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zu einem positiven oder negativen Ergebnis geführt haben.

Die Abänderung der Devisenverordnung.

Durch eine zweite Ausführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 ist die Frage der Anwendung dieser Verordnung auf laufende Verträge dahin entschieden worden, daß ihre Gültigkeit unberührt bleibt und daß die vereinbarte Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln zulässig ist, sofern sie bis zum 15. Dezember 1922 zu erfolgen hat. Hat sie in einem späteren Zeitpunkt zu erfolgen, so ist sie in Reichswährung zum Kurse des Fälligkeitstages zu leisten. Ist die Zahlung bereits in Reichswährung erfolgt, so hat es dabei sein Bewenden.

Erleichterungen sind im Hinblick auf die Geschäfte mit dem Ausland insofern geschaffen worden, als einmal Geschäfte über Lieferungen von im Ausland befindlichen Waren und der erste Umsatz von aus dem Ausland eingeführten Waren von dem Verbot der Bezahlung in ausländischer Währung ausgenommen worden sind. Desgleichen sind Provisionsgeschäfte beim Export und gewisse Dienst- und Werkverträge, bei denen die Erfüllung im Ausland zu erfolgen hat, weiter Frachtgeschäfte über im Ausland befindliche oder zwischen In- und Ausland zu befördernde Waren und gewisse Versicherungsgeschäfte von dem Verbot des § 1 der Verordnung ausgenommen worden. Firmen, die Zahlungen auf Grund solcher Geschäfte zu leisten haben, kann auch die Handelsammer besondere Befreiungen ausstellen, so daß sie von der Verpfändung des Finanzamtes bei dem Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln freigestellt sind.

Ein weiterer Ausbau der Devisenverordnung und ihre baldigste gefällige Regelung sind in Vorbereitung.

Sozialer Wiederaufbau.

Ein Vertrag von Volk zu Volk.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Schon seit dem Friedensschluß bemühte sich die deutsche Regierung, und bemühten sich insbesondere die Vertreter deutscher Arbeitskraft, die Bunde zu schließen, die der Weltkrieg in Nordfrankreich geschlagen hat. Aber wie wurde dieses deutsche Anerbieten aufgenommen? Es ist noch nicht lange her, als der französische Abgeordnete M. Crespel im Namen vieler Mitbürger die Worte sprach: „Meine Herren, wir ziehen es vor, lieber in unseren Trümmern zu bleiben, als sie entbeiligt zu sehen durch die Hände von Mördern.“

Nun aber scheint auch in Frankreich die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Geschädigten nicht 15 oder 20 Jahre auf den Wiederaufbau ihrer zerstörten Wohnstätten warten können, und daß die Beseitigung der Kriegsschäden darum ein Werk internationaler Nothilfe sein muß. Es wird auch von den Gegnern deutscher Nothilfe anerkannt, daß die französischen Arbeitskräfte und die französischen Materialquellen nicht hinreichen, um den Wiederaufbau der zerstörten Wohnstätten in kurzer Zeit bewirken zu können.

Es ist das Verdienst von Rathenau, einen großen Teil der Voreingenommenheit gegen die deutsche Hilfe beseitigt und die Form gefunden zu haben, nach der sich wenigstens Lieferungen von Baustoffen nach Frankreich vollziehen könnten. Für den Einsatz deutscher Arbeitskräfte sind die französischen Widerstände bis zur Stunde allerdings noch nicht behoben, obgleich ein großer Teil der Geschädigten für die rasche Beseitigung der Kriegsschäden eintritt und die französische Arbeiterschaft auch diese Hilfe von Deutschland wünscht.

Das von Rathenau abgeschlossene Wiesbadener Abkommen bedeutet eine groß angelegte Hilfe von Land zu Land auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage. Der privatrechtliche Erwerbtrieb diesseits wie jenseits des Rheines empfand indessen die Zusammenfassung aller Volksschichten zu einer einheitlichen Produktions- und Lieferungsorganisation als eine unerträgliche Hemmung des Gewinnstrebens. Das Privatkapital sah es durch, daß der Samariterdienst an der Bunde Europas zu einem „Geschäft“ wurde, das die Unschuldigen schuldig werden ließ und das die Obdachlosen in Frankreich sowie das Deutsche Reich zu den „Geschädigten“ im wahrsten Sinne des Wortes machte. Der Wiedergutmachung diese Form gegeben zu haben, das ist das zweifelhafte Verdienst aller derer, denen die Not des einzelnen wie des Staates nichts und der Gewinn und das Geschäft alles ist.

Das Wiederaufbau-„Geschäft“ wäre in Frankreich wie in Deutschland zu einem zweiten Panama geworden, wenn die Vertreter des eigensüchtigen Gewinnstrebens die freieste Entfaltung ihrer Betätigung gefunden hätten. Die Geschädigten und die Arbeiter Frankreichs ebenso wie die Vertreter der Leidenden und Zahlenden Deutschlands konnten dieser Entwicklung der Dinge nicht tatenlos zusehen. Sie mußten darum ihre vor länger als Jahresfrist eingeleiteten Verhandlungen erneut aufnehmen, als Siamese-Luberac ihren ganz auf dem Boden des individualistischen Gewinnstrebens aufgebauten Vertrag abschloffen. Diese Verhandlungen haben am 24. Oktober nunmehr zu dem Abschluß eines Gegenvertrages geführt, der die Interessen der Geschädigten Frankreichs und die Interessen des Deutschen Reiches auf der Grundlage gemeinwirtschaftlichen Treuhänderdienstes zu einem Ausgleich bringen soll.

Auf deutscher Seite ist der vertragsschließende Teil der Verband sozialer Baubetriebe, eine rein bauwirtschaftliche, gemeinnützige Gesellschaft, die von der moralischen und finanziellen Unterstützung von mehr als sieben Millionen deutscher Kopf- und Handarbeiter getragen wird. Auf französischer Seite ist es das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete, das seit anderthalb Jahren „der Vorkämpfer der Mehrheit der französischen Geschädigten“ ist. Dieses Aktionskomitee wird sich zur Erfüllung des abgeschlossenen Vertrages einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft (Société d'Action des Régions Dévastées) bedienen, die mit dem Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H. die Durchführung der Leistungen und Lieferungen übernehmen soll.

Hinter dem Aktionskomitee und der von ihm geschaffenen gemeinnützigen Aktiengesellschaft stehen nicht nur große Teile der Geschädigten selbst, hinter ihm stehen auch die Vertreter der französischen Arbeiterschaft, die an dem Zustandekommen des Vertrages lebhaften Anteil genommen haben, sowie einflußreiche Mitglieder des französischen Senats, der Kammer, der Städte und der Gemeinden und der französischen Presse.

Der Vertrag wurde deutscherseits unterzeichnet von den Geschäftsführern des Verbandes sozialer Baubetriebe Astor und Dr.-Ing. Wagner und von den Aufsichtsratsmitgliedern Paepow, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, und Silberschmidt, Mitglied des Reichstags. Auf französischer Seite wurde der Vertrag unterzeichnet von dem Senator Charpentier, Bürgermeister von Sedan, dem Generalsekretär des Aktionskomitees der zerstörten Gebiete Doucedame, fernerhin von dem Abgeordneten des Warne-

gebietes Boitewin, dem Bürgermeister von Reims Roche und Grumbach.

Der Vertrag ist ein Mantelvertrag. Er verpflichtet den Verband sozialer Baubetriebe zur Lieferung von Baustoffen und Bauteilen aller Art, sowie zu Arbeitsleistungen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig werden sollten. § 1 des Vertrages verpflichtet beide Teile: „alles zu vermeiden, was bei der Durchführung der Naturallieferungen den wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Interessen der beiden Länder Schaden könnte.“ Sie — die beiden Vertragsparteien — erklären außerdem, daß es dem Geiste dieses Vertrages widersprechen würde, wenn sie selbst oder wenn Gesellschaften oder Personen, die an der Durchführung des Vertrages beteiligt sein werden, sich Vorteile sichern, die mit den Interessen der Geschädigten oder mit den Interessen des französischen oder des deutschen Volkes nicht vereinbar sind.“

Von diesem Grundgedanken ausgehend, hat sich die französische Vertragspartei damit einverstanden erklärt, daß alle von deutscher Seite zu bewirkenden Lieferungen zum französischen Tagespreis zu erfolgen haben. Dieser Tagespreis soll indessen durch eine dreigliedrige Kommission festgelegt werden, wenn die privatkapitalistischen Mächte beider Länder diesen Preis zum Schaden der Geschädigten und zum Schaden des Deutschen Reiches durch Vereinbarungen irgendwelcher Art künstlich erzeugen.

Ebenso wie die von dem Aktionskomitee der zerstörten Gebiete geschaffene gemeinnützige Aktiengesellschaft, die als Empfänger deutscher Leistungen und Lieferungen auftritt, nach ihren Satzungen alle ihr zustehenden Gewinne der Gesamtheit der Geschädigten zuzuführen hat, so ist der Verband sozialer Baubetriebe nach § 9 des Vertrages verpflichtet, all: ihm über die Selbstkosten hinaus zustehenden Gewinne dem Deutschen Reich zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen wieder zuzuführen. Durch diese Bestimmung unterscheidet sich dieser Vertrag grundlegend von dem Vertrag Stinnes-Lubersac, der das Deutsche Reich einseitig zum Zahlenden ohne Kontroll- und Einspruchsrecht und Herrn Stinnes zum Empfänger von Reparationsgewinnen macht.

In Wahrung der Interessen des Deutschen Reiches haben wir die französische Vertragspartei nicht im unklaren darüber gelassen, daß die Lieferung von Baustoffen und Bauteilen in größerem Umfange nur dann möglich ist, wenn die französische Regierung deutsche Reparationskosten für die Erzeugung dieser Baustoffe und Bauteile deutschen Unternehmungen zur Verfügung stellt. Die französische Vertragspartei erklärte, daß sie sich für eine Hergabe der Reparationskosten bei dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Wiederaufbauminister Reibel eingeseht und die Zusicherung erhalten habe, daß auch dem Aktionskomitee der zerstörten Gebiete bestimmte Kontingente der Reparationskosten zur Weitergabe an den Verband sozialer Baubetriebe zur Verfügung gestellt werden sollen. Die erst in den letzten Tagen durch die Presse gegangene Nachricht, daß die französische Regierung bereit sei, monatlich 25 000 Tonnen Kohle für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, ist allerdings als ein Entgegenkommen der französischen Regierung nicht zu bezeichnen. Ein derart geringes Kontingent wäre eher geeignet, alle bisher abgeschlossenen Lieferungsverträge zu einem zwar gut gedachten, aber wertlosen Dokument zu machen. Die Gesamtheit der Geschädigten hat von der Reparationskosten nur dann einen Vorteil, wenn sie anstatt Kohle den oft mehr als das Dreifache unfaßlichen Gegenwert in der Form von Baustoffen zur Wiederaufrichtung der zerstörten Wohnhäuser erhält.

Wir wollen hoffen, daß es den auf französischer Seite am beschleunigten Wiederaufbau interessierten Organisationen gelingen wird, die Widerstände aus dem Wege zu räumen, die sich heute noch der Verwirklichung der abgeschlossenen Verträge entgegenstellen. Jedenfalls wird der Verband sozialer Baubetriebe und die hinter ihm stehenden Gewerkschaften es an Mühe nicht fehlen lassen, um dem soeben erst abgeschlossenen Vertrage Blut und Leben zu geben.

Der Verband sozialer Baubetriebe ist für die ihm durch den Vertrag zugewiesenen Aufgaben gerüstet. Seine eigene finanzielle Stärke stützt sich nicht nur auf die 25 Millionen Mark Stammkapital, mit dem er heute arbeitet, sondern auch auf die mehr als 200 Millionen Mark, die in seinen Tochtergesellschaften, den 19 Bauhüttenbetriebsverbänden und den 200 Baubetrieben arbeiten. Mit seinen mehr als 20 000 Kopf- und Handarbeiter umfassenden Betrieben stellt der Verband sozialer Baubetriebe heute das größte bauwirtschaftliche Unternehmen dar, das es in Deutschland gibt. In knapp zwei Jahren aufgebaut, hat dieses soziale Unternehmen im laufenden Jahre einen Umsatz von 2 Milliarden Mark bewältigt und sich eigene Baustoffbetriebe, wie Ziegeleien, Sägewerke, größere Tischlereien, Schlackensteinfabriken, Sandgruben und selbst eine Schiefergrube angegliedert. Diejenigen Stellen, die in dem abgeschlossenen Treuhändervertrag ein unsteifbares Hindernis für das individualistische Gewinnstreben sehen, werden leicht geneigt sein, das von den Kopf- und Handarbeitern des Baugewerbes geschaffene, sozial tätige Großunternehmen herabzusehen und ihm Mangel an Leistungsfähigkeit und Erfahrung zuzusprechen. Nun, es müssen in der Tat wenig erfahrene Kräfte sein, die in zwei Jahren aus dem Nichts und in schärfster Konkurrenz mit den privaten Baubetrieben ein Unternehmen aufgebaut haben, das 2 Milliarden Mark Umsatz hat und 20 000 Arbeiter beschäftigt und mit diesen Ziffern alle Privatunternehmungen ähnlicher Art weit hinter sich läßt. Wohl wissen wir, daß die Durchführung des abgeschlossenen Vertrages die moralische Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterschaft voraussetzt und daß sie auch die bereits zugesagte Unterstützung der Reichsregierung finden muß. Wir wollen darüber hinaus aber auch alle diejenigen Kräfte zur Unterstützung an dem Wiederaufbaumerk aufrufen, die gewillt sind, in ehrlichem Bemühen an der wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit Frankreich mitzuarbeiten, und die auch gewillt sind, ihre Unternehmungen in den Dienst des Deutschen Reiches wie in den Dienst der nun schon seit vier Jahren auf den Aufbau ihrer Heimstätten wartenden Geschädigten Frankreichs zu stellen.

Hergerts Kampfansage.

„Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus.“

Die Rede, mit der Herr Hergert als Parteivorsitzender die kürzlich tagende der Deutschnationalen Volkspartei eröffnete, begann als Kampfansage gegen die Regierung, sie steigerte sich zu einer Kampfansage gegen die Arbeiterschaft, um schließlich als Fansarenstöß gegen Verfassung und Parlamentarismus zu enden.

Herr Hergert begann mit der Außenpolitik und redete langes und breites über die Entwertung der Mark. Nach seiner Ansicht sind es natürlich nicht die Arbeiter, die unter der Geldentwertung leiden, sondern der Mittelstand. Seiner Besserstellung soll das Streben der Deutschnationalen gelten, und zwar aus rein parteipolitischen Gründen. Herr Hergert betonte nämlich:

Die Mittelstandspolitik im neuen Sinne gilt der notleidenden mittleren Kreise. Es sind dies vorwiegend deutschnationalen Kreise, zugunsten derer wir uns mit allen Mitteln einsetzen müssen, damit diese Kezetruppen des Ordnungsstaates nicht aus wirtschaftlichen Sorgen zum Erliegen kommen.

Also nur für die Deutschnationalen soll gesorgt werden, getreu dem Grundsatz: „Das Vaterland über die Partei!“

Natürlich verlangt Herr Hergert die endgültige Abkehr von der Erfüllungspolitik, predigte aber selbst etwas, was der Erfüllungspolitik so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Er forderte nämlich einen großzügigen Plan für den Wiederaufbau Frankreichs, von dem er sagte:

Je großzügiger und für Frankreich Erfolg verheißender der Plan wird, um so höher dürfen wir unsere Ziele stellen, nämlich

die völlige Freiheit der deutschen Wirtschaft und schließlich auch des deutschen Gebietes. Freilich ein Pfand dafür, daß seine Interessen gebührend gewahrt werden, kann Frankreich verlangen, dieses Pfand liegt einmal in der neu zu begründenden Leistungsfähigkeit einer freien deutschen Wirtschaft und zweitens in dem freien, aber ersten und unabänderlichen Willensentschluß Deutschlands zur Mehrarbeit und endlich drittens in den Garantien, die innerpolitisch für die ungehinderte Durchführung dieses Entschlusses gegeben werden.

Herr Hergert, der angebliche Vorkämpfer der nationalen Selbständigkeit, ist also gern bereit, sich von Frankreich Garantien vorschreiben zu lassen, wenn diese Garantien nur im Sinne des deutschnationalen Programms liegen, nämlich Verbot jeder Zwangsbewirtschaftung, Abschaffung des achtstündigen Arbeitstages, Einschränkung der Demokratie.

Das nämlich ist Herrn Hergerts positives Programm, das er unter dem schönen Namen „entschiedene Produktionspolitik“ zusammenfaßt. Wir zitieren die Kernsätze:

Es ist eine Kurzsichtigkeit ohne gleichen, daß man der deutschen Landwirtschaft im Zwangswege angemessene Preise vorenthält. Es muß endlich einmal eine Partei geben, die das Problem des achtstündigen Arbeitstages mit Namen nennt. Diese Partei müssen und können nur wir sein. Das Gebot der Stunde heißt:

Mehrarbeit auf Kosten des Achtstundentages.

Und diese Mehrarbeit sollen die Arbeiter bewilligen aus Furcht vor der — — — Arbeitslosigkeit! Man staunt über Herrn Hergerts sozialpolitische Einsicht. Es kann uns nur ehren, wenn Herr Hergert zu der Erkenntnis gekommen ist, „daß es mit der Sozialdemokratie keine politische Gemeinschaft geben kann“. Bitter beklagt sich Herr Hergert über die anderen bürgerlichen Parteien, weil sie statt der Sozialdemokratie die Deutschnationale Partei isoliert hätten. Eine solche Träne weinte er der Deutschen Volkspartei nach, die ihre monarchischen Grundsätze ganz und gar in die Ecke gestellt habe.

Ueber den Rathenau-Prozess, der nach Hergerts Ansicht die Deutschnationale Partei glänzend gerechtfertigt haben soll, kam dann Herr Hergert zur Reichspräsidentenwahl.

Hier bot sich eine Gelegenheit, eine gutbürgerliche Lösung zu finden zu bringen. Es gab einen Mann, der das Steuerruder des Staats wieder herumreißen konnte, Hindenburg!

Durch stürmischen Beifall zu diesen Worten dokumentierte der Deutschnationale Parteitag das Maß einer politischen Einsichtlosigkeit. Als dann Herr Hergert davon sprach, daß man das Volk in der Präsidentenfrage um seine Entscheidung gebracht habe, ertönten neue stürmische Rufe „Psui, Verfassungsbruch!“ Diese deutschnationale Verfassungsbegeisterung hätte ja nun eigentlich Herrn Hergert zu einem fröhlichen Gelächter veranlassen müssen, aber die gab ihm den Mut zu folgendem gutgemünzten Entrüstungsausbruch:

Das Volk über alles! Über das Volk wird gesprochen. Wie werden unsere Tatkraft aus dem Reichstag ins Volk hinaus verlegen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus (erneuter Beifall), mit diesem Parlamentarismus. Wir beachten den Reichstag nicht mehr als unseren politischen Kampplatz. Die großen politischen Debatten werden wir einschärfen, wir wollen dieses Theater nicht mehr mitmachen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Es ist scheinbar niemand von den begeisterten deutschnationalen Herrschaften aufgefallen, daß die gleichen Worte unter dem gleichen stürmischen Beifall auf einem kommunistischen Parteitag hätten gesprochen werden können.

Nach Herrn Hergert sprach Prof. Dr. Hoetzsch, wenigstens in der Form würdig, über die Grenzmarken und die auswärtige Politik, darauf hielt der thüringische Reichstagsabgeordnete Graf über das Thema „Verfassung und Rechte in der Deutschen Republik“ eine Rede niedrigen Ranges, der wir zu viel Ehre erweisen würden, wenn wir auf sie eingingen.

Abkehr von Wyneken.

Von Artur Ziller.

Der „Fall Wyneken“ ist juristisch beendet. Nach erneuter Verhandlung vor der Rudolstädter Strafkammer ist das Urteil der ersten Instanz bestätigt worden. Wyneken will es dabei benennen lassen, der ehemalige Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf wird also für ein Jahr Gefängnisstrafe werden. Das ist peinlich, aber für einen ausgewachsenen Mann, der eine heroische Lebensaufstellung vertritt, nicht besonders tragisch. Schlimmer ist schon, daß jetzt eine neue Preizstrafe ansteht, als gäbe es nichts Trostloseres in der Welt, als die Verurteilung Wynekens; dabei ist sein „Fall“ bedeutend kleiner als sein Fall: nämlich der aus der Höhe seines Wollens in die Niederungen seiner Allzumenschlichkeit. Es ist nicht meine Absicht, das zur Unruhe gewordene Prozeßgespräch („Heraus...“) um sein Recht des Totlaufens zu bringen, aber aus anderen Gründen muß und darf jetzt gesagt werden, daß Wyneken vor einem gewichtigeren Richter als dem von Rudolstadt nicht verstanden hat: dem eigenen! Das ist ein schwerer Vorwurf; doch keiner, der Wyneken getunni hat, wird ihn sich und Wyneken erparieren können, um der Wahrheit willen, um die es doch noch immer geht, nicht wahr, Gustav Wyneken? Wäre es nur der in Deutschland fast diskreditierte Justizbetrieb, wäre es nur der Spieß, die über ihn den Stab gebrochen hätten — Wyneken hätte ein gutes Recht, mit einem Häckeln zu antworten. Doch es steht schlimmer. Ich bin in den letzten Tagen mit Beuten zusammengekommen, deren Namen etwas gelten und die Wyneken sehr nahegekommen haben. Ihr Urteil war eindeutig: er ist gerichtet durch sich selbst!

Was hat er getan? Wyneken hatte aus freier Wahl ein hohes Amt übernommen, sein Name war zum Schild einer Jugend geworden, die sich nicht ausleben, sondern verpflichten wollte. Zielsetzung und Lebensform kamen vom tiefen männlichen Seinssinne her, sollten heroisch, nicht dionysisch, dem Aristischen näher als dem Daimonischen sein. Wyneken sprach von Selbstsucht und Ritterlichkeit, von der Verantwortung und dem schweren Beruf des Führers. Dann schuf er Wickersdorf, mehr als sein Werk, weithin sichtbares Symbol neuen Schöpferwillens am edelsten Objekt, dem jungen Menschen. Darüber sein Name, für den er mehr bürgen mußte als für ein Persönliches, wie ein Fahnenträger für sein heiliges Tuch.

Wenn man eine solche Verantwortung und eine solche Lehre vertritt, tut man nicht das, was Wyneken getan hat! Dabei ist es ganz gleichgültig, ob die begangenen Handlungen an sich unedel sind oder nicht. Wenn Wyneken ein rechter Mann war, dem nichts, aber auch nichts über sein Werk ging, so mußte es ihm mehr gelten als seine Reklamation, mußte er streng gegen sich sein, sei es auch nur darum, das Werk der Jugend vor Mißverständnissen zu schützen. Wyneken hat das Geheimnis, daß der Lieben muß, der erziehen will, zum öffentlichen im gemeinsten Sinne gemacht, hat feuchte Wahrheiten in die Sphäre des Delikts geraten lassen, hat im vollen Doppelsinne seinen Gros verraten!

Es ist selbstverständlich, daß wir Wyneken nicht die sogenannte „Bekehrung“ zum Vorwurf machen. Obwohl selbst ohne jede Inventionenleistung, hat der Verfasser dieser Zeilen viel dafür getan, um

Verständnis für die „Andersartigkeit“ und die Aufhebung der törichtesten Paragrafen zu erreichen, im Gegensatz zu — Wyneken, der sich sehr intolérant über die Homosexuellen geäußert hat. Wir legen also die gleichgeschlechtliche Reizung nicht dem Wesen nach, aber in seiner „Anschuld an sich“, der vom Manne zum Weibe gleich, lassen demnach die Frage, ob in diesem Falle die vox populi eine vox dei oder eine vox kindlich ist, dahingestellt, um dem Kern des Vorwurfs nahezu kommen, daß Wynekens Verhalten auch auf der nicht-juristischen, sogar auf der wynekenschen Ebene — ein Delikt bedeutet. Jeder Gros hat seine Würde: lieben kann man alles, aber nicht ohne Scham. Die Forderung wird lebendig, wenn der psychische Gros zur körperlichen Bereinigung und zur physischen Erlösung drängt, und sie heißt: Reize des Partners! Wenn einer Knaben liebt, so ist es seine Sache — solange es seine Sache bleibt. Man bricht keine Knospen auf, selbst wenn sie sich jumeigen. Als Pädagoge kann man, ja muß man, um diese Jumeigenen wissen, man weiß sie dem Werk, doch man beutet sie nicht für sich aus! Die jugendlichen Zeugen berichteten von der schweratmenden Erregtheit Wynekens — man leuchtet, Wyneken, aber man erregt sich nicht! Wenn man Führer der Jugend ist... nun wird der Vorwurf noch schwerer. Wyneken war Autorität, freilich nicht im bürgerlichen Sinne, viel freier, höher — desto verpflichtender. Möchten ihn die Jungs wirklich heftig lieben, so war es die Liebe zum Heiden, und die hat eine Tragik und ein Gefühl; sie verbricht mit der Distanz. Das mußte Wyneken wissen; zum mindesten dann, als ihn die Lieblichen preisgaben. So unrecht das war, metaphysisch gesehen hat Wyneken nichts anderes verdient.

Und noch mehr. Er war nicht nur vorher nicht, wie man verlangen durft, hart gegen sich selbst, auch hernach nicht. Das Vorher konnte man ein Jere nennen, das hinterher nur mehr ein Sich-dürken. Sein Buch „Gros“ ist mit Recht von einem bedeutenden Verleger, der einmal zu Wyneken stand, mit der Begründung abgelehnt worden, daß es „verlogen“ sei. Mit tausend schönen Worten und hundert Behauptungen, die alle an sich richtig sind, zumeist weit offene Türen einrennen, geht er um den Kern der Sache wie um einen heißen Brei herum. Mit diesem Kern könnte er auf einer halben Druckseite fertig werden, wenn er einen Mut hätte, doch er hat ihn nicht. Er verteidigt seine Stimmungen, als ob die nicht auch Hans bei seiner Trine spürte, bestellt Sokrates zum Entlastungszeugen, als ob das nötig wäre, verleugnet seine Sekrete, um das Maß der zu einer Verurteilung notwendigen „Tatfachen“ zu verfeinern, spricht viel zu lange, viel zu eifrig für ein reines und klares Herz, darum glaubt man ihm zum Schluß nicht recht, daß ihm das Urteil gleichgültig sei. Er ist zu selbstverliebt. Seine Mannlichkeit ist mehr Wunsch als Wirklichkeit, es hat nicht gereicht. Im großen und ganzen scheint Wyneken, wenigstens vorläufig, ein hoffnungsloser Fall zu sein. Für die Jugendbewegung aber bestimmt ein sehr peinlicher. Sie soll versuchen, ihn zu vergessen, diemell sich doch Wyneken im Grunde nur in bezug auf sich selbst geirrt hat. Mann über Bord — die Fahrt geht weiter!

Streik im Deutschen Opernhaus. Das Orchester des Deutschen Opernhouses teilt uns mit, „daß es sich mit großem Bedauern gezwungen gesehen hat, seine Tätigkeit zu unterbrechen. Intendanz und Ausschäferat haben trotz monatelanger Verhandlungen sich nicht

darüber schlüssig werden können, in welcher Form und mit welcher Gehältern die Orchestermitglieder, deren zehnjährige Verträge mit dem 1. Oktober ablaufen, weiter zu verpflichten wären. Das Orchester hat zuletzt am 19. d. M. der Betriebs-Aktiengesellschaft eine Frist von sieben Tagen gestellt, welche diese verstreichen ließ, ohne eine bestimmte Erklärung abzugeben, trotzdem das Orchester, der Betriebsrat und der Deutsche Musikerverband bis zum letzten Augenblick verhandlungsbereit waren. Die Ungelegenheiten, welche den Besuchern des Theaters durch den Ausfall der Vorstellung entstanden, bedauert das Orchester aufrichtig, die Verantwortung hierfür muß es jedoch ablehnen.“

Dazu erhalten wir folgende Mitteilung: Als gestern Abend gegen 7½ Uhr die Vorstellung im Deutschen Opernhaus beginnen sollte, legten plötzlich die Musiker ihre Instrumente nieder und erklärten, heute Abend nicht spielen zu wollen. Da alle Verhandlungen scheiterten, wurde das Publikum ersucht, das Theater zu räumen. Soweit es möglich war, wurde den Besuchern das Geld für die gelösten Bilette sofort zurückgezahlt.

Neue Beitragserhöhung der Volksbühne. Die Verwaltung der Volksbühne hat sich durch die anhaltende Steigerung aller Materialpreise, Löhne und Gehälter gezwungen gesehen, am 1. November ab die Beiträge für Nachmittagsvorstellungen auf 70 M., für Abendvorstellungen auf 100 M. (Oper 110 M.) zu erhöhen. Da die Folgen der katastrophalen Marktentwertung wohl erst in einiger Zeit zur vollen Auswirkung kommen werden, so ist schon jetzt voranzusehen, daß man auch mit dieser Beitragserhöhung auf die Dauer nicht wird auskommen können. Zu dem idealen Sinn und der Opferwilligkeit der Berliner Arbeiterschaft darf man trotzdem das feste Vertrauen haben, daß sie ihr Werk, die Volksbühne, in dieser schweren Zeit nicht im Stiche läßt.

Duere über Europa in Regen und Sturm. Der englische Kronkurier, der für den General Harrington bestimmte Depeschen im Flugzeug von London nach Konstantinopel gebracht hat, ist heute auf demselben Wege von Konstantinopel wieder nach der englischen Hauptstadt zurückgekehrt. Die Hin- und Rückreise erfolgte unter den schwierigsten Witterungsverhältnissen; trotzdem traf der Kurier immer noch 24 Stunden früher ein, als es möglich gewesen wäre, wenn er auf seinem Wege die üblichen Verkehrsmittel benutzt hätte. Der Pilot des Flugzeuges schildert die Reise als die schlimmste, die er je gemacht hat. Er verließ London auf der Ausreise am 8. Oktober und hatte ebenso wie auf der Rückreise beständig mit wilden Winden und mit heftigem Regenwetter zu kämpfen. Ueber Brüssel ging die Reise nach Köln, wo Nachtquartier bezogen wurde. Am nächsten Tage folgte das Flugzeug dem Rheintal, wobei es sich angetrieben der dichten Wälder festhängender Wolken und des Regens in niedrigen Schichten halten mußte. Frankfurt wurde im dichtesten Nebel überflogen. Nachdem in Würzburg der Heizstoff erschöpft worden war, ging die Reise unter strömendem Regen weiter bis nach Wien, wo bei der Landung der Propeller durch einen im Gras verstreuten Stein beschädigt wurde. Nach dem deshalb nötig gemachten zweitägigen Aufenthalt setzte das Flugzeug die Reise über die ungarische Tiefebene fort. Das ganze Land war überflutet, es hätte es wochenlang regnet. Da es nunmehr schon, die Flügel zu überfliegen, verhielt der Pilot, „so war ich gezwungen, südwärts nach der Donau zu steuern, um zu versuchen, zwischen Bergen durch

Verchenfeld tritt zurück.

Nach den aus München vorliegenden Meldungen ist der Rücktritt Verchenfelds von seinem Posten als Ministerpräsident sicher. Umstritten ist nur noch, wer sein Nachfolger sein wird. Als aussichtsreichster Kandidat gilt der Pariser Vorkämpfer Dr. Mayer, der als Platzhalter für den jetzigen Innenminister Schönerer bezeichnet wird. Nur mit Rücksicht auf die Unklarheit über den Nachfolger wird der Rücktritt Verchenfelds noch nicht offiziell gemeldet. Der bayerische Landtag, der zunächst für den 14. November einberufen war, tritt bereits am Donnerstag kommender Woche zusammen. Verchenfelds Sturz wird in der Bayerischen Volkspartei mit seiner wirtschaftlichen Denkschrift an die Reichsregierung begründet. Bekämpft wurde er aber schon seit langem, weil er in der Haltung gegenüber dem Reich für eine friedliche Verständigung eintrat. Seine Beseitigung eröffnet die Aussicht auf Verschärfung der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich.

Die „Rote Fahne“ verboten.

Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ auf Grund § 21 des Schutzgesetzes für 14 Tage verboten. Das Verbot begründet sich auf die Ankündigung einer Eisenbahnerversammlung, in der Minister Croener als „der Hundsfott-General“ bezeichnet wird. Die Meldung, daß auch die Kopfbücher der Fahne, die R. F. der Bauhütten, der Stürmer usw. verboten seien, ist unzutreffend. Es ist also anzunehmen, daß während der Verbotzeit, wie früher auch, die „Rote Fahne der Bauhütten“ erscheinen wird.

Zu die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes!

In der am 27. Oktober abgehaltenen Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung der Ortsgruppe Berlin wurde von den Mitgliedern der R.V.D. folgende Entschliessung vorgelegt:

„Die erweiterte Ortsverwaltung der Ortsgruppe Berlin des D.E.V. protestiert gegen das Verbot der Versammlung der Eisenbahner, einberufen von den oppositionellen Eisenbahner. Ebenfalls gegen das Verbot der „Roten Fahne“. Sie kann nicht verstehen, daß der Polizeipräsident Richter diese Versammlung verbietet hat, zumal er selber Gewerkschafter ist. Die erweiterte Ortsverwaltung verlangt, daß das Verbot der „Roten Fahne“ sofort zurückgenommen wird. Die Folgen der durch das Verbot erfolgten Erregung unter den Eisenbahner können ungeheuer sein.“

Die erweiterte Ortsverwaltung ging über diese Resolution zur Tagesordnung hinweg, worauf unter Protest die kommunistischen Mitglieder das Tagungslokal verließen und nebenbei erklärten, damit hätte die erweiterte Ortsverwaltung zum Ausdruck gebracht, daß sie jedwede Anebelung der Versammlungsfreiheit guthieß.

Hierzu erklärt die erweiterte Ortsverwaltung, daß sie grundsätzlich für die Presse- und Versammlungsfreiheit ist, sie jedoch die Verantwortung für die Taten der Kommunisten und ihrer Presse nicht übernehmen kann. Sie muß um so mehr das Ansinnen der Kommunisten zurückweisen, die mit einem Schein des Rechts zu behaupten versuchen, daß es sich um ein Verbot einer gewerkschaftlichen Versammlung handelt. Die Versammlung war lediglich von der R.V.D. selbst einberufen und wollte sich in die gewerkschaftlichen Fragen der Eisenbahner, in ihre Lohn- und Gehaltsbewegung einmischen. Für jeden Gewerkschafter steht ohne weiteres fest, daß eine politische Partei mit öffentlichen Versammlungen nicht berufen ist, wirtschaftliche Fragen für die Gewerkschaftsmitglieder zu erledigen. Es steht weiter fest, daß gerade auch diese Versammlung den Zweck hatte, dem Moskauer Spaltspitz im D.E.V. erneut einen Resonanzboden zu verschaffen. Die erweiterte Ortsverwaltung verweist nachdrücklich auf die zum Sonntag in der „Neuen Welt“ stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung hin, wo einwandfrei den Mitgliedern der Stand der Verhandlungen über die Gehalts- und Lohnbewegung mitgeteilt werden wird. Jedes Mitglied, das sich über die wirklichen Verhältnisse aufklären will, sei daher auch an dieser Stelle noch einmal auf die Dringlichkeit des Besuches dieser Versammlung aufmerksam gemacht.

das Eisenerz zu kommen. Reißender Regen und hiefhängendes Gewölk bedeckten mich tief auf das Wasser nieder, und ich folgte der Donau 150 Kilometer lang durch die Engpässe. Schließlich wurde das Eisenerz erreicht, und ich passierte den engen Schlund, zu dessen beiden Seiten sich gewaltige Felsen aufrufen. Die Hälfte dieser Felsen war durch Gewölk verdeckt, und darunter hörte ich das Rauschen des Wassers. Der Regen goss in Strömen. Erst, als wir etwa 70 Kilometer von Konstantinopel entfernt waren, hob sich der Nebel, der Regen hörte auf, und die Sonne beleuchtete ein herrliches Landschaftsbild, eine unerreicht schön Aussicht auf das violette Meer, das rotglühende Land und den in reinem Blau erstrahlenden Himmel.

Die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur hat am 24. Oktober in Hannover ihre notarielle Gründung vorgenommen. Gleichzeitig fanden an diesem und den folgenden Tagen Sitzungen des Beirats und Kuratoriums statt. Aus dem Geschäftsbericht dürfte interessieren, daß der Arbeitsgemeinschaft aus der am Versammlungstage erfolgten „Stiftung zur Erhaltung von Wissen und Können“ vom Reichspräsidenten Mittel zur Verfügung gestellt sind. Die Anwesenheit der Direktoren der Leipziger und Frankfurter Messe brachte es mit sich, daß über die Beteiligung des Handwerks auf den deutschen Messen ausführlich gesprochen wurde. Voraussetzungen sind es nämlich, schon im Frühjahr die ersten Anfänge der geplanten Arbeiten in der Deutschnationalität zu zeigen. Ferner ist ein Werk über „Deutsche Volkskunst“ in Arbeit; von den nach Heimatsbezirken einberufenen Vänden werden im nächsten Frühjahr die ersten erschienen. Geschäft auf Vorarbeiten auf Messen und Ausstellungen wird eine Ausstellung für deutsche Volkskunst vorbereitet. Vom Deutschen Werkbund ist die Verbreitung von Wertzeichnungen für das Handwerk angeregt worden. Von Seiten des Verbandes der deutschen Kunstgewerbevereine wie von dem Vertreter der Handelskammer Bremen und der Hamburger Ortsgruppe des Deutschen Werkbundes wurde der Frage des Verbändnisses von Handwerk und Export besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Vorbereitungen der Tagung lagen in den Händen des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft Georg Kaiser, der zusammen mit dem Reichskunstwart den wesentlichen Teil der bisherigen Arbeit geleistet hat. Die wirtschaftlich und künstlerisch bedeutsamen Bestrebungen für Erhaltung und Pflege unseres Erbes an handwerklichem Können haben also hier einen erfolgversprechenden Mittelpunkt gefunden.

Volksbühne, Theater am Schauspiel. Bei der Aufführung von „Wannhild“ erlosch Schauspieler „Die Lüge“ am 1. Nov. sind die Schauspieler wie folgt besetzt: Wladimir Karpowitsch — Fritz Alder, Katala Wankowa — Helene Redmer, Karpo Rederowitsch — Guido Bergfeld, Daria — Dorothea Kelling, Stanja — Rose Stoeremann, Anin — Wladimir — Ferdinand Steinbocker, Iwan Stralnowitsch — Friedrich Kähler, Wladimir — Maria Wehler, Regie: Friedrich Kähler. Bühnenbild: Christian Sommerfeld.

Ernst Friedrich tritt am Sonntag, den 29. Okt. abends 7½ Uhr im Schauspielhaus, Köpenicker Str. 18, das neue Schauspiel „Die Welt im Wandel“ auf. — Fortsetzung zu 20. 22. (Abend 8½ Uhr) und in der Deutschen Buchhandlung, Lindenstr. 2, und in der Volksbühne, Buchhandlung, Köpenicker Str. 18, erhältlich.

Wiederaufbauvertrag der sozialen Baubetriebe.

Wir geben den an anderer Stelle eingehend gemündigten Wiederaufbauvertrag als erstes Dokument einer wirklichen Verständigung von Volk zu Volk im vollen Wortlaut wieder.

Vertrag

zwischen dem Aktionskomitee der zerstörten Gebiete (Comité d'Actions des Régions Dévastées) einerseits, nachfolgend: „französische Vertragspartei“ genannt, und dem Verband sozialer Baubetriebe andererseits, nachfolgend: „deutsche Vertragspartei“ genannt.

Seit 1½ Jahren hat das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete, das der Vorsitzende der Mehrheit der französischen Geschädigten war, sich zugunsten einer Zusammenarbeit mit Deutschland in der Form von Naturalieferungen für den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete ausgesprochen.

Um die deutschen Naturalieferungen zu erlangen, hat sich das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete schon Anfang 1921 in Verbindung gesetzt mit dem deutschen Verband sozialer Baubetriebe.

Das Abkommen von Wiesbaden (7. Oktober 1921), abgeändert durch die Abkommen Benelmans-Gillet (Abkommen von Berlin 15. März — 6. Juni 1922), die von der französischen und der deutschen Regierung bestätigt wurden, haben das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete, vertreten durch die Herren Charpentier, séna eur des Ardennes, maire de Sedan, Doucedame, secrétaire du Comité d'action des Régions dévastées, conseiller général de l'Aisne, Grumbach, ancien conseiller général du Haut-Rhin, Poitevin, député de la Marne, Roche, maire de Reims, einerseits und den Verband sozialer Baubetriebe, vertreten durch die Herren Astor und Dr. Wagner als Geschäftsführer und Paepflow und Silber Schmidt als Ausschussmitglieder andererseits, dazu geführt, was folgt zu vereinbaren:

§ 1.

1. Die Beauftragten des Aktionskomitees der zerstörten Gebiete und die Vertreter des Verbandes sozialer Baubetriebe erklären von vornherein, alles vermeiden zu wollen, was bei der Durchführung der Naturalieferungen den wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Interessen der beiden Länder Schaden könnte. Sie erklären außerdem, daß es dem Geist dieses Vertrages widersprechen würde, wenn sie selbst oder wenn Gesellschaften oder Personen, die an der Durchführung dieses Vertrages beteiligt sein werden, sich Vorteile sichern, die mit den Interessen der Geschädigten oder mit den Interessen des französischen und des deutschen Volkes nicht vereinbar sind.

§ 2.

1. Die von der deutschen Vertragspartei zu bewirkenden Leistungen und Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sollen sich (ohne die der deutschen Regierung auf Grund des Wiesbadener und des Gillet-Abkommens auferlegten Verpflichtungen zu überschreiten) insbesondere erstrecken auf die Lieferung von Baustoffen und Bauteilen aller Art, sowie auf Arbeitsleistungen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete etwa notwendig werden sollten.

2. Die deutsche Vertragspartei soll das Recht haben, Arbeitsleistungen jedoch abzulehnen, sofern die in Genf am 17. Februar 1921 zwischen dem deutschen und dem französischen Bauarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen nicht in Anwendung kommen können oder eine Einigung zwischen den beiden Bauarbeiterverbänden einerseits und den beiden Regierungen andererseits nicht zu erzielen ist.

§ 3.

1. Beide Vertragsparteien vereinbaren für die Durchführung der von den Geschädigten in Anspruch zu nehmenden Lieferungen und Leistungen, auf den gesetzlichen Bestimmungen ihrer Länder aufgebauten Organisationen oder Gesellschaften zu benutzen oder neu zu bilden, die als Geber und Empfänger für Lieferungen und eventuelle Leistungen aufzutreten haben.

2. Beide Vertragsparteien haben überdies das Recht, diesen Gesellschaften eine Vertrauensperson zur Seite zu stellen zur Sicherung einer reibungslosen Zusammenarbeit und zur Erleichterung der Durchführung des Vertrages.

§ 4.

1. Die von der deutschen Vertragspartei benutzte oder gebildete Gesellschaft soll das Recht haben, unter ihrer eigenen Verantwortung alle Lieferungen und Leistungen gemäß den Vorschriften der deutschen Regierung und dem Übereinkommen beider Regierungen untereinander auf deutsche Werke zu verteilen. Andererseits soll sie verpflichtet sein, Leistungen und Lieferungen an solche deutschen Werke und Unternehmungen weiterzuführen, die die französische Vertragspartei in Vorschlag bringt, sofern diese Werke und Unternehmungen keinen Anlaß zu Beanstandungen, insbesondere in bezug auf Qualität und Preis der von ihnen zu übernehmenden Leistungen und Lieferungen geben.

§ 5.

1. Sofern die deutsche wie die französische Vertragspartei nicht lediglich als Vermittlungsstellen für Leistungen und Lieferungen benutzt werden, sondern selbst für die Leistungen und Lieferungen verantwortlich sind, übernimmt die französische Vertragspartei die Haftung für Zahlung der französischen Besteller und die deutsche Vertragspartei die Haftung für die Einhaltung der vereinbarten Leistungs- und Lieferungsbedingungen.

2. Die zu liefernden Baustoffe und Bauteile werden durch die deutsche Vertragspartei bzw. durch ihre Vertreter und einen Vertreter der französischen Vertragspartei auf die vereinbarten Lieferungsbedingungen hin geprüft, ehe sie die deutsche Grenze verlassen. Der Vertreter der französischen Vertragspartei wird das Recht haben, die zu liefernden Baustoffe und Bauteile abzulehnen oder abzulehnen. Die in Deutschland geprüften und abgenommenen Baustoffe und Bauteile dürfen in Frankreich nicht mehr zurückgewiesen werden.

Kampf mit den Deutschvölkischen.

Die deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft wird abgelehnt.

Dem deutschnationalen Parteitag war eine Sondertagung der Deutschvölkischen vorausgegangen, deren Führer Wulle und v. Graefe bekanntlich zum Austritt aus der Reichstagsfraktion gezwungen waren. Die Versuche, den Riß zwischen der offiziellen Parteileitung und der völkisch-radikalen Gruppe auf dem Parteitag zu überkleistern, scheitern gescheitert zu sein. Nach einem Korrespondenzbericht ist anzunehmen, daß es bei dem Ausschluß Wulles und v. Graefes bleibt und daß die Auseinandersetzung im deutschnationalen Lager auch organisatorische Konsequenzen haben wird.

Keine Neuwahlen in Thüringen.

Weimar, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag hat heute den bürgerlichen Antrag auf Auflösung mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Justizminister Genosse v. Brandenstein hat sein Mandatsgesuch eingereicht. Er tritt aus Gesundheitsrücksichten zurück.

§ 6.
1. Die deutsche Vertragspartei erkennt ausdrücklich an, daß der Preis der durch sie zu bewirkenden Leistungen und Lieferungen für das Wiederaufbaugesbiet nicht höher sein darf als der Preis, der von französischen Unternehmungen für gleiche Leistungen und Lieferungen gefordert wird, und daß sich die Preise im allgemeinen dem französischen Marktpreis anzupassen haben. Die Verträge müssen in bezug auf die Berechnung auf Papierfrank lauten.

2. Sollte der französische Marktpreis nicht auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage entstehen, sondern künstlich erzeugt werden durch Vereinbarungen irgendwelcher Art, dann wird, sofern es die eine oder die andere Partei verlangt, der angemessene Preis der Leistungen und Lieferungen durch eine dreigliedrige Kommission festgesetzt, für die jede Vertragspartei einen Vertreter ernannt, und für die das Internationale Arbeitsamt in Genf gebeten wird, einen an den Lieferungen und Leistungen weder mittelbar noch unmittelbar beteiligten Obmann zu entsenden.

§ 7.

1. Die von der deutschen Vertragspartei zu bewirkenden Lieferungen gehen ab deutscher Grenze auf Kosten und Gefahr der französischen Vertragspartei bzw. der französischen Besteller.

2. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Lieferungsverpflichtung der deutschen Vertragspartei nur unter der Voraussetzung gilt, daß die Lieferungen unter dem Titel „Schifflieferungen“ nach dem französischen Zollsatz verzollt werden.

Es wird von beiden Vertragsparteien ausdrücklich vereinbart, daß die Leistungen und Lieferungen, welche den Gegenstand dieses Vertrages bilden, ausschließlich zur Verwendung oder zur Verarbeitung in den zerstörten Gebieten bestimmt sind.

3. Die französische Vertragspartei verpflichtet sich, im Falle einer Erhöhung der Zoll- und Transportkosten in Frankreich für die vor dieser Erhöhung eingegangenen Verträge den Preisunterschied zu ihren Lasten zu nehmen.

§ 8.

1. Werden die Verträge zu festen Preisen abgeschlossen, dann sind beide Vertragsparteien zur Erfüllung der Verträge verpflichtet, sofern nicht höhere Gewalt und Arbeitseinstellungen die Erfüllung der Verträge verzögern oder unmöglich machen.

2. Sind die Verträge zu gleitenden Preisen abgeschlossen, so hat die französische Vertragspartei das Recht, die Annahme der Leistungen und Lieferungen zu verweigern, wenn diese zur Zeit der Lieferung im Preis frei deutscher Grenze zusätzlich Zoll- und Transportkosten bis zum Bestimmungsbahnhof der zerstörten Gebiete höher sind als der Preis der entsprechenden Leistungen und Lieferungen des französischen Marktes. Die deutsche Vertragspartei hat für diesen Fall jedoch das Recht, in den französischen Marktpreis einzutreten und die französische Vertragspartei andererseits die Pflicht, die Leistungen und Lieferungen anzunehmen.

§ 9.

1. Die deutsche Vertragspartei bzw. die von ihr beauftragte Gesellschaft soll berechtigt sein, die ihr aus der Erfüllung des Vertrages erwachsenden Kosten in Höhe der Selbstkosten, jedoch höchstens bis zu 4 Prozent desjenigen Preises, den sie in Deutschland für die zu liefernde Ware zu bezahlen hat, in den Lieferpreis mit einzurechnen und sie auf tatsächliche Sachlieferungen Deutschlands auf das Reparationskonto aufzuschreiben zu lassen.

2. In der Summe, die dem Deutschen Reich aufzuschreiben ist, sollen auch die etwaigen Kosten einbegriffen sein, die der deutschen Vertragspartei aus der Finanzierung der Leistungen und Lieferungen entstehen.

§ 10.

1. Die deutsche Vertragspartei erklärt, daß sie zu verstärkten Leistungen und Lieferungen für Baustoffe und Bauteile einen bestimmten Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Rohlenmengen zur freien Verfügung benötigt. Die Menge der der deutschen Vertragspartei zur Verfügung zu stellenden Reparationsstoffe muß dem für die Fabrikation der Baustoffe und Bauteile durchschnittlich benötigten Bedarf entsprechen. Dieser Bedarf soll im Benehmen mit der französischen Regierung durch Beauftragte beider Vertragsparteien festgestellt werden. Die deutsche Vertragspartei übernimmt unter ihrer Verantwortung die Verteilung der Rohle auf die verschiedenen Werke und verpflichtet sich, darüber zu wachen, daß die freigegebenen Rohlenmengen ausschließlich für die Verstärkung der Erzeugung von Sachlieferungen Verwendung finden.

2. Die Dauer der vorstehenden Liefervereinbarung entspricht derjenigen des Abkommens von Wiesbaden (vom 6. Oktober 1921) und Berlin (vom 15. März und 3. Juni 1922), jedoch müssen die Verträge, die gemäß diesem Abkommen geschlossen sind, auf jeden Fall den Bedingungen des genannten Abkommens entsprechend zur Ausführung gebracht werden.

§ 11.

1. Die Dauer der vorstehenden Liefervereinbarung entspricht derjenigen des Abkommens von Wiesbaden (vom 6. Oktober 1921) und Berlin (vom 15. März und 3. Juni 1922), jedoch müssen die Verträge, die gemäß diesem Abkommen geschlossen sind, auf jeden Fall den Bedingungen des genannten Abkommens entsprechend zur Ausführung gebracht werden.

2. Die Dauer der vorstehenden Liefervereinbarung entspricht derjenigen des Abkommens von Wiesbaden (vom 6. Oktober 1921) und Berlin (vom 15. März und 3. Juni 1922), jedoch müssen die Verträge, die gemäß diesem Abkommen geschlossen sind, auf jeden Fall den Bedingungen des genannten Abkommens entsprechend zur Ausführung gebracht werden.

§ 12.

1. Sollte die Ausführung des Abkommens auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen oder höhere Gewalt sie in der Durchführung unmöglich machen oder verhindern, so verpflichten sich beide Vertragsparteien, mit größter Beschleunigung zusammenzutreten, um sich über die zu erziehenden Maßnahmen zu verständigen.

2. Der französische Text ist bei Unstimmigkeiten zwischen beiden Teilen maßgebend.

§ 13.

1. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

2. Beide Vertragsparteien erkennen an, daß dieses Abkommen erst dann Rechtskraft erhält, wenn nach Ablauf von 21 Tagen von keiner Partei ein Änderungsantrag gemacht worden ist.

3. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

4. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

5. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

6. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

7. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

8. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

9. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

10. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

11. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

12. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

13. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

14. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

15. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

16. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

17. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

18. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

19. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

20. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

21. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

22. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

23. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

24. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

25. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

26. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

27. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

28. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

29. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

30. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

31. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

32. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

33. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

34. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

35. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

36. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

37. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

38. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

39. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

40. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

41. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

42. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

43. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

44. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

45. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

46. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

47. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

48. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

49. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

50. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

51. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

52. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

53. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

54. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

55. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

56. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

57. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

58. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

59. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

60. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

61. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

62. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

63. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

64. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

65. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

66. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

67. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

68. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

69. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

70. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

71. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

72. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

73. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

74. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

75. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

76. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

77. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

78. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

79. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

80. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

81. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

82. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

83. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

84. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

85. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

86. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

87. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

88. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

89. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

90. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

91. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

92. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

93. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

94. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

95. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

96. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

97. Die Übertragbarkeit dieses Vertrages ist an die Zustimmung der anderen Vertragspartei gebunden.

Die Eisenbahnanlagen in Berlin-Ost.

Verbesserungen auf den Bahnhöfen Stralau-Rummelsburg und Warschauer Straße.

Die Unhaltbarkeit der Verkehrszustände auf den mit Arbeiter- verkehr überlasteten Bahnhöfen Stralau-Rummelsburg und War- schauer Straße wurde schon seit einer reichlich langen Reihe von Jahren in der Bevölkerung empfunden und auch von der Eisen- bahnverwaltung erkannt. Leider wurde die Ausführung des Planes, den besagten Uebelständen abzuhelfen, durch den Krieg zunächst gehindert. Erst im Jahre 1921 konnte an die Umgestaltung des Bahnhöfes Warschauer Straße gegangen werden, und im Jahre 1922 wurde auch mit den Verbesserungen der Zugänge zum Bahn- hof Stralau-Rummelsburg begonnen. — Zur Besichtigung der Bau- arbeiten hatte Präsident Wulff von der Eisenbahndirektion Berlin die Vertreter der Presse eingeladen. Die machten die Fahrt nach Bahnhof Stralau-Rummelsburg in einem Eisenbahn-Unter- richtswagen, der bei der Ausbildung von Beamten, nament- lich der Bahnmeister und der Telegraphisten, benutzt wird. Der Wagen unterscheidet sich äußerlich nicht von anderen Eisenbahn- wagen, innen aber bietet er den Anblick einer Schulklass: auf Rädern. Er ist regelrecht mit Banklischen ausgestattet, doch zeigt die übrige Einrichtung des Klassenraumes, daß hier nicht WBS-Schüler in die Geheimnisse der Wissenschaft eingeführt wer- den sollen. In dem Wagen gibt es eine Telegraphenanlage, eine Telephonanlage, ein Laboratorium — und auch Vorrichtungen zur Herbeiführung künstlicher Störungen sind vorhanden.

strecke und die danebenliegenden Vorortstrecken erhalten je einen eigenen Bahnhof, beide müssen aber südlich der Warschauer Straße angelegt werden. Kaum einer von denen, die dort vorüberfahren und sich über den langsamen Fortschritt der Bauarbeiten wundern, hat eine Ahnung von den außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei diesem Bau überwunden werden müssen. Der Bauplatz ist so beengt, daß es nur möglich ist, die Arbeiten in vier Abschnitten nacheinander auszuführen. Jeder einzelne Teil der Bauten muß von unten bis oben fast vollständig fertiggestellt werden, und dann erst kann man durch Gleisverziehung daneben Raum für die Ausführung des nächsten Bauteiles schaffen. Durch das neue Empfangsgebäude an der Warschauer Brücke, das sozusagen in der Luft schwebend auf Säulen errichtet wird, gelangt man auf einen 65 Meter langen Weg und über dessen Abzweigungen nach rechts und links zu den beiden neuen Bahnsteigen. Für den Abgang von den Bahnsteigen werden besondere Stege gebaut, die zu beiden Seiten des Empfangsgebäudes auslaufen. Die ganze Anlage wird so geräumig, wie es an dieser Stelle irgend möglich ist. Infolge des Massenverkehrs, den die benachbarten Fabriken in den Stunden des Arbeitsbeginnes und des Arbeitschlusses hier verursachen, werden an dem Bahnhof Warschauer Straße zeitweise ganz außer- ordentliche Anforderungen gestellt.

Neue Zugänge zum Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Die Verkehrsschwierigkeiten auf dem Bahnhof Stralau-Rum- melsburg sind dadurch gegeben, daß er ein Knotenpunkt für drei nach Osten und Südosten gehende Vorortstrecken und für die Ring- bahn ist. Wenn hier ein durchgreifender Umbau technisch überhaupt möglich ist, so sind Milliarden dazu erforderlich. Einstweilen und vielleicht für alle Zeiten muß es bei der bisherigen Einrichtung bleiben, daß der Verkehr sich auf sechs Bahnsteige verteilt. Die Eisenbahnverwaltung ist aber bemüht, wenigstens die Zugänge zu verbessern. Die Treppe vom Boßring-Bahnsteig F zum Bahnsteig D der Kaulsdorfer Straße ist erweitert worden, so daß die Stauungen beim Umsteigen etwas gemildert werden. Das wichtigste Stück der Verbesserungen aber ist eine über die gesamte Bahnhofsanlage hin- übergreifende 6 Meter breite Brücke, die von der Bahnunterführung an der Hauptstraße im Stadtteil Rummelsburg bis zu der Bahn- unterführung an der Sonntagstraße im Stadtteil Borsigagen reicht und durch einen Verbindungssteig an das Empfangsgebäude ange- schlossen ist. Der in nur drei Meter breiten Rampen um das Emp- fangsgebäude herumführende alte Weg wird dann eingezogen, so daß die Bahnsteige A, B und C mit den Bahnsteigen D, E und F in unmittelbare Verbindung kommen. Die Sperren können so aus dem Freien in das Empfangsgebäude verlegt werden, das im Innern umgebaut wird. Umsteigende Fahrgäste werden aus einer elektrisch betriebenen Zugmeldeleiste erfahren, welcher Zug zuerst abfährt.

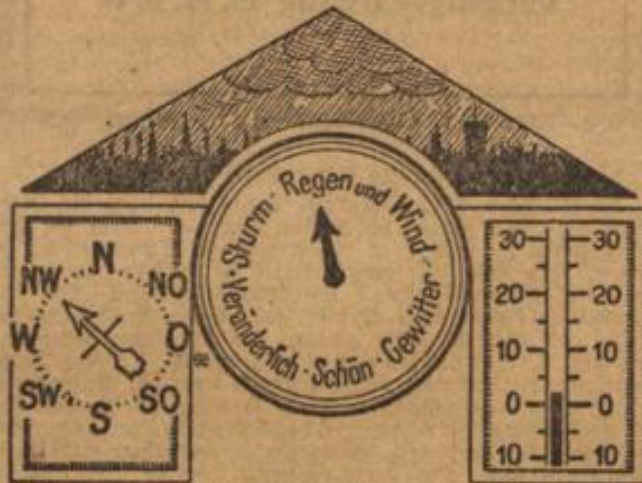
Der rollende Fahrkartenschrank.

Der Bahnhof Stralau-Rummelsburg wird als erster in Berlin auch eine Einrichtung erhalten, die den Fahrkartensverkauf beschleunigt. Bisher mußte, wenn ein Schalterbeamter durch einen anderen abgelöst wurde, der Schalter geschlossen werden, damit die Heber- gabe des Fahrkartenbestandes ungehindert vor sich gehen konnte. Das sich drängende Publikum, das den Grund nicht kennt, wird ungeduldig, wenn es trotz starken Verkehrs einen Schalter geschlossen sieht. Künftig erhält jeder Schalterbeamte seinen eigenen Fahr- kartenschrank, und durch auf Rollen laufende Schränke wird es möglich gemacht, daß der abtretende Beamte seinen Schrank in den Hintergrund des Schalterraumes schiebt. Während er dort den Be- stand feststellt, schiebt der abtretende Beamte seinen Schrank zum Schalterfenster und setzt ohne Unterbrechung den Kartensverkauf fort.

Umbau des Bahnhofs Warschauer Straße.

Auf Bahnhof Warschauer Straße ist bisher eine Haltestelle für die Vorortstrecke der Schlessische Bahn schmerzlich vermisst worden. Diefem Mangel abzuhelfen, ist der Hauptzweck des Umbaus, der hier jetzt endlich zur Ausführung kommen kann. Die Stadtbahn-

Wie wird das Sonntagswetter?



Zu Beginn der Woche breitete sich ein zwischen Island und Schottland gelegenes Hochdruckgebiet über den größeren Teil von Mitteleuropa aus. Nach zahlreichen Regen- und Schneefällen trat daher in Nordwest- und Mitteleuropa ein zwar vielfach nob- lises, aber sonst trockenes Wetter ein. Im Osten hingegen — etwa bis zur Oder hin — kamen noch öfter Niederschläge vor, die im allgemeinen gering, nur in Ostpreußen recht ergiebig waren. Nachdem sich der Himmel mehr und mehr aufgeklärt hatte, traten in den meisten Gegenden etwas strengere Nachtfroste ein. In den Nächten zu Mittwoch und Donnerstag brachten es z. B. Hildes- heim, Erfurt und Ortelburg auf 5, Gardelegen, Dahme (Mark), Meiningen und Ilmenau auf 7, Lönning (Oldenburg), Greis sogar auf 8° C Kälte, während in den Mittagstunden noch fast überall mehr als 5° Celsius Wärme herrschten. Seit Mittwoch nachmittag nahm die Bewölkung längs der deutschen Küste, seit Donnerstag abend auch im Binnenlande wieder allmählich zu, worauf die Nächte allgemein gelinder wurden. Am Südwestrand eines schon mehrere Tage langen in der Nähe des Weißen Meeres befindlichen umfang- reichen Tiefdruckgebietes war ein Teilteuf entstanden, das in der Nacht zu Freitag zu einem selbständigen Tief sich ausbildete und nach Südkandinavien zog. Jetzt scheint das Tief langsam weiter nach Süden vorzudringen und das Hochdruckgebiet von Island wieder nachzurücken. Wir haben daher für Sonn- abend und Sonntag zunächst etwas wärmeres, über- wiegend trübes Wetter mit wiederholten Nieder- schlägen, hauptsächlich Regen, zu erwarten. Später dürfte sich der Himmel zeitweise aufklären und bei frischen nordwestlichen Winden die Temperatur neuerdings sinken.

Eine Verbesserung ist auch für den Ringverkehr geplant. Bei der Trennung des Ringverkehrs vom Stadtverkehr, die vor meh- reren Jahren aus Gründen des Betriebes erfolgt, fielen die Nord- und Südringzüge weg. Auf Bahnhof Warschauer Straße soll nun an der Stelle des bisherigen Bahnhofs eine Kreisgleisanlage ge- schaffen werden, damit Ringzüge wenigstens bis hierher geführt werden können. Man könnte dann hier zwischen Stadtzügen und Ringzügen nach Norden bzw. nach Süden umsteigen, so daß Bahn- hof Stralau-Rummelsburg entlastet würde.

Wenn die Bauarbeiten auf den Bahnhöfen Warschauer Straße und Stralau-Rummelsburg ohne Behinderung fortgeschritten können, ist zum Sommer 1923 die Fertigstellung der neuen Anlagen zu erwarten. Sie werden dazu beitragen, die den Verkehr erschwerenden und in der Bevölkerung von Berlin- Ost seit langem beklagten Mängel zu beseitigen.

Hinter Glas.

Wenn der Herbst mit seinen berausend bunten Farben im Land ist, wenn gelbe und braune Blätter von den Bäumen, die langsam schwarz werden, zu Boden rieseln, wenn die Natur stirbt, blüht neues Leben hinter den Schaufensterscheiben. Früh fällt die Dunkelheit auf die Erde, und früh flammt es auf in allen Schaufenstern. So war es einmal, und auch wir in Berlin konnten einst, was vor langen Jahren das Vorrecht von Paris war, von der ville lumière, von der Lichtstadt Berlin, sprechen. Zwar ist in diesem Winter zum ersten- mal nach langen Jahren wieder die Lichtreflexe an den Giebeln und auf den Dächern der Häuser gestoppt. In diesen Tagen des Herbstes wurde früher der Schaufensterwettbewerb veranstaltet, und jeder Bodeninhaber setzte alle Kräfte daran, um den ersten Preis zu erringen. Heute freilich hat man andere Sorgen. Und doch! Wenn man heute auch nicht alle Dichter hinter der Schaufenstern funkeln sieht, die meisten Geschäftskleute die ganze Kunst des Dekorierens anscheinend nur darin erblicken, ihre Schaufenster mit den Preis- lässeln zu schmücken, auf denen die Preise mehrmals am Tage geändert werden, interessant bleibt es doch.

Zunächst einmal: es gibt heute wirkliches Leben in allen Tagen könnte man sagen, hinter der Scheibe zu schauen. Vor vielen Jahren war es für Berlin noch eine Wertwürdigkeit, ja vielleicht Sehens- würdigkeit, daß hinter der Schaufensterscheibe eines Tabakladens in der Friedrichstraße ein junges Mädchen sah und Zigaretten drehte. Heute hat sie Kolleginnen in allen Stadtgegenden erhalten. Hint- er anderen Schaufensterscheiben sitzen junge Damen an der Schreib- maschine, am Stützrohr, an der Nähmaschine oder sonst bei einer Beschäftigung, die auf diese Weise besonders sinnfällig veranschaulicht werden soll. Schließlich kann man aber auch mit Recht von dem Leben der Blumen sprechen. Hier aber und vor diesen Schaufenstern macht man eine seltsame Wahrnehmung. Unsere Zeit ist so hart und so häßlich und so arm geworden, vielen Tausenden ist das Allernot-wendigste kaum erreichbar, die großen Blumenengeschäfte aber weisen eine schier sinnverwirrende Fülle aller Blumen auf, und man kann leicht erraten, daß ganze große Vermögen hinter der Scheibe auf- gestapelt und aufgestellt sind. Fragt man die Bodeninhaber nach des Rätsels Lösung, heißt es, die Kunden kaufen viel und teure Blumen, der nichtqualitätsstarke Inländer aber muß sich daran genug sein lassen, seine Augen an den zarten Schönen hinter der Scheibe zu erfreuen. Seitdem der Dollar Kletterkunststücke auf dem Turm- seil vollführt, denen wir ängstlich zusehen, haben sich in allen Stadtgegenden Leben etabliert, die Gold und goldene Gegenstände sowie andere wertvolle Sachen ankaufen. Viele dieser Geschäfte haben prunkende und überladene Schaufenster, eine große Schau von allen Metallen, von dem so manches Stück hierher gewandert ist, weil sein Besitzer die Not des Lebens nicht länger ertragen konnte. Aus diesen Gründen sind auch heute die Schaufenster der Antiqui- tätenläden so überreich ausgestattet und laden zu längerem Ver- weilen vor der Scheibe ein.

Viel Neues oder Originelles kann man im übrigen bei diesem Spaziergang nicht konstatieren. Ja, es muß wundernehmen, daß alle die vielen Geschäfte, die die mannigfaltigen Puppen zu den mannigfaltigen Zmeden benötigen, immer noch jene Wachsputzen haben, die man schon so lange kennt und die so wenig verall-

48) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

(Schluß.)

Igluruk sah auf dem Bett — halbnahtend. „Ah, ein Fremder, komm herein!“ Und lächelnd ging sie ihm entgegen. Ihr fetter Oberkörper leuchtete im Halbkreis, ihr Haar war ungemacht und fiel voller Tierhaare und Federn zottig auf ihre Schultern herunter. „Fremder, komm herein, sei willkommen!“

Rigi setzte sich auf einen Stuhl. „Igluruk!“ Es gab einen Ruck in ihr und sie sah ihn forschend an. „Wer bist du?“

„Ich komme aus Norden,“ antwortete Rigi, „aus Ru- wuk. Besinnst du dich auf Ruwuk?“

Die Frau setzte sich hin, sie zitterte am ganzen Körper und ihre Augen bekamen einen gehechten Ausdruck, doch sie sagte nicht, nichts bloß.

„Ich habe da oben gewohnt,“ fuhr Rigi fort, „mehrere Jahre lang, auf einer kleinen Insel, ein wenig östlich von Ruwuk, da traf ich einen Mann, er sendet dir Nachricht und Gruß.“

„Fremder,“ sagte sie mit tränenerstickter Stimme, „wer war das?“

„Sachawachial!“ Und die Frau legte ihren Kopf auf die Arme und schloß die Augen. „Erinnert er sich noch an mich?“

„Ja,“ antwortete Rigi, „er erinnert sich noch an dich und er hat mich gebeten, ich möchte dich aufsuchen und dir sagen, er fürchte, du littest Not. Er will dir gern helfen, wenn er kann!“

Igluruk weinte, es war lange her, daß sie an Ruwuk gedacht hatte, an ihre glücklichste Zeit als Sachawachials Frau. Die Erinnerungen überwältigten sie, sie weinte und weinte, so daß ihr ganzer Körper bebte — die arme Frau!

Als sie ruhiger wurde, sprach Rigi mit ihr von ihrer Bergangenheit, von ihrer Heimat, von den Freunden da oben, von Sachawachial, und während all dem betrachtete er ihr von Ausschweifungen, Krankheit und Not verwüftetes Gesicht.

Über der betäubende Gestank in dem Raume trieb Rigi bald ins Freie, wo er seine Lungen mit der reinen, klaren Luft füllte, und langsam ging er zum Sheriff zurück, ungewiß darüber, was er tun sollte.

„Na,“ fragte der Sheriff, „was sagen Sie nun, haben Sie sie gesehen, sie ist reizend, nicht wahr?“

Rigi schüttelte den Kopf. „Ja, Sheriff, ich gebe Ihnen recht, es ist ganz unmöglich, daß man sie zu Sachawachial zurückkommen läßt. Aber, was sollen wir tun, ich habe den Schritten voller Pelze, was schlagen Sie vor?“

Sie sprachen lange darüber, und der Pfarrer wurde her- beigerufen. Die Entscheidung war schwierig, aber schließlich kamen sie dahin überein, daß die Pelze verkauft und das Geld dem Pfarrer in Verwahrung gegeben werden sollte, der es Igluruk geben wollte, wenn sie sich in wirklicher Not befand, lange konnte sie ja doch nicht mehr leben, verwüftet wie sie war.

Und dabei blieb es.

Die Pelze brachten mehrere Tausend Dollar ein, viel Geld für Igluruk, und Rigi ging zu ihr, um ihr zu erzählen, wie sie jetzt gestellt sei.

Sie war halbbetrunken, hatte die erste Begegnung ver- gessen und kam lächelnd dem willkommenen Gast entgegen. „Fremder, guten Tag!“

Rigi setzte sich hin: „Igluruk, jetzt mußt du auf mich hören; Sachawachial hat mich hierher geschickt, um zu fragen, ob du zu ihm hinauf reisen willst, was meinst du selbst — kannst du das?“

Sie schauderte bei dem Gedanken. „Reisen, ich? Nein, unmöglich, dazu bin ich zu alt, früher bin ich gereist, schrecklich anstrengend, aber jetzt, ich kann und will nicht, ich erinnere mich noch an die letzte Reise.“

„Nein, das dachte ich mir,“ fuhr Rigi fort, „du kannst nicht reisen; aber Sachawachial hat mir einige Pelze gegeben, die ich hier in Candlo verkaufen sollte, so daß du Geld zur Reise hättest, dieses Geld —“

„Geld,“ unterbrach sie ihn mit einem gierigen Blick, „hat er dir Geld gegeben? Her damit, sofort, du willst es mir wohl stehlen, das wollen alle Weihen, wo ist das Geld?“

„Ich habe es nicht bei mir,“ antwortete Rigi, „und du bekommst es nicht alles auf einmal; aber wenn es dir schlecht geht, wenn du nichts zu essen hast, dann gehe zum Sheriff oder zum Pfarrer, die werden dir es geben.“

Es war, als ob ein böser Geist bei dem Gedanken an das Geld in sie gefahren sei: „Gib mir augenblicklich das Geld, verdammter Weihen, du willst es mir bloß stehlen.“

Rigi wurde böse. „Sei still, Frauenzimmer, und höre zu, ich will dein Geld nicht stehlen, im Gegenteil, ich komme ja mit dem Geld, das du sonst niemals erhalten hättest, zu dir; ich habe mich tüchtig abgearbeitet, um hierher zu gelangen, doch es bleibt so, wie ich gesagt habe; das Geld soll nicht verschwendet werden, jetzt bekommst du es nicht, nur wenn du es nötig hast.“

„Wieviel ist es?“ fragte Igluruk, lauern und gierig.

„Auch das will ich dir nicht sagen,“ antwortete Rigi barsch, „aber hier hast du etwas, dafür kannst du dir einen vergnügten Abend machen! Morgen reise ich weiter, und du siehst mich niemals mehr; aber ich werde Nachricht an Sachawachial senden und sagen, daß du tot bist, es wäre schade um ihn, wenn er immer noch an dich denken würde.“

„Nach, was du willst,“ heulte Igluruk, „mach, was du willst, aber gib mir das Geld — augenblicklich!“ Und Rigi warf es auf den Tisch, vierzig bunte Dollarstücke, und dann ging er, betrübt im Gedanken an Sachawachial, angewidert von der Frau, die in der Tür stand und ihm nachrief: „Dieb, Lump, du stielst mir mein Geld!“

Den Abend verbrachte Rigi bei dem Sheriff. Sie sprachen von Sachawachial und Igluruk, die seiner Treue so unwürdig wie nur möglich war, und als er nach seiner Schlafstelle zu- rückging, hörte er Lachen und Getöse von dem harten kleiner Hüften herhallen, wo Igluruk wohnte. Er schelte müde, lange war er mit dem Schlitten gefahren, viel hatte er an Igluruk gedacht, hatte das Schlimmste von ihr ange- nommen, aber war doch durch ihren gänzlichem Fall und ihre Verderbnis überrascht worden. Und er dachte an die beiden Alten, die auf der Flagmanninsel saßen und auf sie warteten, die niemals kam.

Am nächsten Morgen erwachte Rigi durch ein lautes Klappen an seiner Tür. Das war der Sheriff. „Fremder, steht auf!“ Am Tag zog er sich an und ging zu dem schweig- samen Sheriff hinaus, der nicht sagen wollte, weswegen er ihn so früh gerufen habe. Die Stadt war noch nicht erwacht. Er lenkte seine Schritte in der Richtung nach Igluruks Haus zu, ein Haufen von Männern machte Platz, als der Sheriff und Rigi anlangten. „Fremder, steht einmal!“ Und da lag Igluruk halb nahtend im Schnee, kalt, tot. In der Trun- kenheit war sie aus ihrem Haus gegangen, die Kälte hatte sie gelähmt, sie war umgefallen, der belächelnde Frost hat die übrige, endlich hatte sie Frieden gefunden.

kommen sind, daß sie wie — Gebeine aus der Leichenkammer an-
muten. Und vor diesen Geschäften krühte man eigentlich nicht
vom Leben, sondern vom Tod hinter der Scheibe sprechen. Vielleicht
hängt auch dieses mit der Art der Zeit zusammen, denn auf Rot
reimt sich ja bekanntlich Tod!

Die „Hausrat“-S.m.b.H. bedroht.

Die unfähige Rat, die der Krieg über Deutschland gebracht
hat, hat es zehntausenden von Arbeitern und Festbesoldeten
nahezu unmöglich gemacht, einen eigenen Hausstand zu gründen,
da die Kosten für die Beschaffung des notwendigen Hausrates un-
erschwinglich geworden sind. Als Helfer erstanden da Unterneh-
mungen, deren Wirkungsbereich sich über ganz Deutschland erstreckte
und die sich das Ziel setzten, die Versorgung der Minderbemittelten
mit Möbeln zu annehmbaren Preisen und, wo es sein mußte, mit
erleichterten Zahlungsbedingungen zu gewährleisten. Ein solches
Unternehmen, dessen Tätigkeit in Berliner Arbeiterkreisen sich einer
wachsenden Beliebtheit erfreute, war die Gemeinnützige Haus-
rat-Gesellschaft. Sie ist — wie man uns schreibt — jetzt
in Gefahr. Die steigende Geldentwertung macht erhöhtes Betriebs-
kapital erforderlich. Das hatten einzelne Mitglieder des Verwal-
tungsrates seit vielen Monaten erkannt. Damals aber hatte man
die Kapitalerhöhung abgelehnt. Jetzt aber verläßt der Verwal-
tungsrat, doch innerhalb 14 Tage die Gesellschaft ihre Ein-
lagen auf das Zehnfache erhöhen müssen, andernfalls würde
die Liquidation oder die Veräußerung der Gesellschaft vorbereitet
werden.

Kun sind die Anteilhaber der Brandenburgischen Hausrat-
Gesellschaft zu einem großen Teil Kommunalverbände, die
nicht in der Lage sind, innerhalb kurzer Frist über so beträchtliche
Summen zu verfügen. Das wissen natürlich die Geschäftsführer und
der Verwaltungsrat der Gesellschaft, in dem sich auch Herr Direktor
Dietrich von der VEG befindet, sehr genau. Ihr plötzlicher Vorschlag
läuft also darauf hinaus, die Kapitalerhöhung von vorn herein
unmöglich zu machen, um das gemeinnützige Institut an
das Privatkapital ausliefern zu können.

Natürlich ist ein solches Vorgehen, wenn es überhaupt Aussicht
auf Erfolg hat, ein Verstoß gegen die Satzungen der Ge-
sellschaft, die ausdrücklich vorsehen, daß drei Viertel der Mitglieder
einer etwaigen Liquidation zustimmen müssen. Man will aber
offenbar dieser Entscheidung vorgehen, indem man die beteiligten
Kommunalverbände zwingt, zu erklären, sie könnten die notwen-
digen Mehrleistungen nicht aufbringen. Dieses Vorgehen wird noch
dadurch befördert, daß man neuerdings mehr und mehr die ge-
meinnützige Tätigkeit des Unternehmens in privatkapitalistische
Richtung zu lenken gesucht hat. Jetzt aber wird der entscheidende
Stich geführt und es ist bezeichnend für die Geistesart, mit der pri-
vatkapitalistische Interessen ihre Tätigkeit in gemeinnützigen
Unternehmungen ausüben. Zuerst verweigert man die notwendige
Kapitalerhöhung, um den Beweis liefern zu können, die Gemein-
nützigkeit sei unmöglich. Später setzt man den Gesellschaftern die
Wirkte auf die Brust, was um so leichter ist, als man ja weiß, daß
die Gemeinden unter einer erdrückenden Finanznot leiden — und
wenn sie damit Glück haben sollten, so ist der Beweis für die Un-
fähigkeit der gemeinnützigen Unternehmungen restlos und herrlich
gelegt!

Wir hoffen, daß unsere Genossen und mit ihnen die christlichen
Förderer einer neuen Gemeinschaftskultur auf dem Posten sind und
den Anschlag vereiteln. Immerhin sind diese Treibereien
interessant genug, um der breitesten Öffentlichkeit zugänglich ge-
macht zu werden.

Der Systemspieler von Monte Carlo.

Zur Verhaftung des hannoverschen Kuponsäblers Schulze.
Mit der Verhaftung des angeblichen hannoverschen Bankiers,
des Kuponsäblers Erich Christian Schulze, über die wir gestern
ausführlich berichteten, hat die hiesige Kriminalpolizei einen wert-
vollen Gang gemacht. Der angebliche Bankier entpuppte sich näm-
lich als ein im „Roten Schloß“ am Alexanderplatz wohl bekannter
Dieb. Diese Verhaftung zeigte übrigens auch ein gutes Zusammenarbeiten
ausländischer Kriminalbehörden mit der hiesigen.

In der betreffenden Nacht lief bei dem Teuerdienst im Polizei-
präsidium eine Depesche aus Hannover mit der Angabe ein, der
Müchler sei in einem bestimmten ersten Berliner Hotel abgestiegen.
Die dorthin entsandten Beamten stellten fest, daß dort wohl auf den
Namen „Bankier Schulze aus Hannover“ tatsächlich ein Zimmer be-
stellt, von ihm aber nicht bezogen worden war. Während der Müch-
liche dachte, so seine Spur vermischt zu haben, telegraphierte die
hannoversche Kriminalpolizei zwei Berliner Telephon-
nummern nach hier, die sie bei ihren dortigen Nachforschungen
ermittelt hatte. Auf Grund dieser Telephonnummern gelang es dem
Kriminalkommissar Weg, den reisefähigen Schwindler in dem
Augenblick abzufangen, als er seine Berliner Wohnung verlassen
wollte. Nachdem der Müchliche das Hotelzimmer abbestellt hatte,
hatte er die Nacht in einer Privatwohnung verbracht. Seine
wertvollen Lederkoffer, der das ihn belastende Ma-
terial enthielt, hatte er, um alle Spuren zu verwischen, in einer
Privatpension in der Nähe des Anhalter Bahnhofs untergestellt. In
wenigen Minuten konnte aber der Koffer auch aus diesem Versteck
von den Beamten herbeigeholt und beschlagnahmt werden. Der
Verhaftete wurde dem zuständigen Degernat der Kriminalpolizei zu-
geführt. Da die bei ihm vorgefundenen Kupons der 4 % pro-
zentigen Provinzialanleihe von Buenos Aires
tatsächlich echt waren, hätte nicht sehr viel gefehlt, daß man seinen
Angaben, an etwaigen Fälschungen vollkommen unschuldig zu sein,
vollen Glauben schenkte. Erst als er schon 24 Stunden hinter den
Mauern des „Roten Schlosses“ weilte, erinnerte man sich, daß ein
Mann dieses Namens bereits seit Jahren zu den
„guten Bekannten“ der Kriminalpolizei gehörte
und auch hier im Besitze dicker Personalakten war. In seinen Straf-
akten führte Schulze den stolzen Titel: „Der Systemspieler
von Monte Carlo“. Nunmehr gelang es der Berliner Krimi-
nalpolizei, den immer noch hartnäckig leugnenden Schulze zu über-
führen. Er wurde wegen der verübten Schwindeleien und Fälschun-
gen der Staatsanwaltschaft Hannover zugeführt.

Gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise?

Wie sich aus der unter Wirtschaft abgedruckten Bekannt-
machung ergibt, ist bereits für die aller nächste Zeit, und
zwar voraussichtlich für den 3. November, mit einer außer-

ordentlichen Erhöhung der Kohlenpreise für Groß-Berlin zu
rechnen. Es ist zu erwarten, daß der Preis für den Zentner
Briketts auf annähernd 600 M., für Steinkohle
und Schmelzkohle auf über 1000 M. kommen wird, was pro Zentner
Preiserhöhungen von 200 bis 300 M. bedeuten würde. Seitens der
zuständigen Stellen wird daher den Verbrauchern dringend emp-
fohlen, die ihnen zustehenden Kohlen noch rechtzeitig
vor Inkrafttreten der Preiserhöhung bei ihrem Kohlenhändler ab-
zuholen. Die Händler sind verpflichtet, die bei ihnen
eingetragenen Kunden auf sämtliche freigegebenen Ab-
schnitte der Kohlentarten voll zu beliefern, soweit
die Verbraucher sich ihre Kohlen selbst abholen. Die Aufsichtsbehörden
für die Kohlenverteilung werden dafür Sorge tragen, daß die im
Besitz befindlichen Kohlenmengen auch voll zur Ausgabe gelangen.

In unsere Postbezieher

Die einlaufenden Beschwerden von Post-
bezieheren veranlassen uns zu der Bitte,
beim Ausbleiben der Zeitung zuerst
eine schriftliche Beschwerde beim Vorsteher
des Bestellamtes einzureichen. Sollte dieser
Weg erfolglos sein, ist sofort dem Verlag
Nachricht zu geben. Wir bitten, den vorge-
schriebenen Weg einzuhalten

Vorwärts-Verlag S. m. b. H.

Doppelbezahlung für elektrischen Strom.

Die städtischen Elektrizitätswerke Berlin sind durch die Forde-
rungen der Kohlenfirmen, die Kohlen bereits am Tage der Ver-
ladung zahlen zu müssen, in außerordentliche Schwierigkeiten ge-
kommen, denn diese Forderung bedeutet die Festlegung von
einer Milliarde Mark für Kohlenbestellungen. Die Elek-
trizitätswerke können diese Summe aus eigener Kraft nicht auf-
bringen und sehen sich daher genötigt, von dem ihnen zustehenden
Recht der Sicherheitsforderung gemäß § 7 der Bedin-
gungen für die Lieferung von Elektrizität aus dem Leitungsnetze
der städtischen Elektrizitätswerke Berlin Gebrauch zu machen. Mit
der Rechnung für den Oktober-Stromverbrauch wird gleichzeitig ein Betrag einbezogen in ungefährender Höhe dieses
Rechnungsbetrages. Die Stromabnehmer werden im eigenen
Interesse gebeten, die Rechnung sowohl wie auch den Sicherheits-
betrag bei Vorlage zu zahlen, da andernfalls die Versorgung der
Bevölkerung mit Elektrizität für die Wintermonate in Frage
gestellt ist.

Gadvergiftung zweier Bucharischer Handelsdelegierten.

Gestern nachmittag wurden die beiden Kaufleute Bachul
Chodshagen und Isamscha Ruchamedshagen aus
Moskau in einer Pension in der Schumannstraße durch Gas
vergiftet tot aufgefunden. Die Gasvergiftung ist lediglich auf
einen Unfall zurückzuführen. Die beiden Kaufleute sind Bucha-
rarer Staatsangehörige, weilten seit vorgestern in Berlin und hatten
den Auftrag, mit der deutschen Regierung Handelsbeziehun-
gen anzuknüpfen.

Spurloses Verschwinden eines Schülers.

Seit dem 19. d. M.
ist der zwölfjährige Schüler Helmut H., der bei seinen
Eltern in Schöneberg wohnte, spurlos verschwunden. An dem
genannten Tage kehrte er aus Hirschberg zurück, wo er eine Privat-
lehranstalt längere Zeit besucht hatte. Er war mit einem braun-
schwarz karierten Jackett, grauer Breecheshose, einem Pfeffer-
und schwarzem Mantel und grauer Mütze bekleidet. Der Anrede
ist etwa 1,54 groß, hat hellblondes Haar, ein rundes frisches Gesicht,
braune Augen und vollständige Zähne. Nachforschungen haben er-
geben, daß am 20. d. M. von einer noch nicht ermittelten Person
sein Reisegepäck in der Aufbewahrungsstelle des Gürtlicher
Bahnhofs abgegeben worden ist. Mitteln, um den Verfall der
Person, die sein Gepäck ausgegeben hat, nimmt Kriminalkommissar
Gahmig im Berliner Polizeipräsidium, Zimmer 45, entgegen.

Zur 6 Millionen Mark Seiden- und Juteerstoffe fielen Ein-
brecher in die Hände, die der Firma Lewin u. Co. in der Mari-
grafensstraße 27 einen nächtlichen Besuch abstatteten. Wie festgestellt
werden konnte, haben die Einbrecher die Beute in einem dunkel-
grünen geschlossenen Handwagen fortgeschafft.

Das Liter Milch 87 M. Von Montag, den 30. Oktober 1922,
beträgt der Preis für Vollmilch 87 M. je Liter, für Magermilch
26 M. je Liter. Der Preis ist für Kleinhandelsgeschäfte und Ab-
melkwirtschaften (Molkereien) der gleiche. Die A- und B-Milch-
karten werden wie bisher mit je ¼ Liter, die C- und D-Milch-
karten sowie die Karten für werdende Mütter
(E-Karten) wie bisher mit je ½ Liter Vollmilch täglich beliefert.

Millioneneinbruch in der Landshuter Straße. In der ver-
flossenen Nacht stahlen Einbrecher aus der Wohnung des Kauf-
manns Hanne, Landshuter Straße 32, das ihnen erreichbare Silber-
geschätz und 15 wertvolle Perferbrücken im Gesamtwert von etwa
2 Millionen Mark.

Neuer Gaspreis. Unter Bezugnahme auf den Beschluß
der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 ist der Gas-
preis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke mit
Wirkung von der Standaufnahme im November ab einheitlich auf
41 M. für das Kubikmeter festgesetzt worden.

Eine Wohltätigkeitsveranstaltung des Bezirksjugendamtes
Wedding findet am Sonntag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula
des Schiller-Gymnasiums, Unter den Eichen 10, statt. Das Programm
besteht aus Musikvorführungen und Rezitationen. Mitwirkende: Oskar
Gefert und Emil Kühne. Der Reinertrag ist zum Besten einer Beherung
für bedürftige Kinder bestimmt. Karten im Bezirksjugendamt, Christiania-
straße 73, im Restaurant des Ledigenheims, Schönheitsstr. 1, und an der
Abendkasse.

Groß-Berliner Parteinaufrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Die Kaffierer der 11., 23., 30., 94., 96., 108., 125., 126. und
139. Abteilung werden hierdurch nochmals aufgefordert, die bereits
bis spätestens am 30. September fälligen Abrechnungen vom
2. Quartal 1922/23 sofort einzuliefern. J. V.: Max Bagels.

1. Kreis, Friedrichshagen. Sonntag, den 29. Oktober, früh 10 Uhr, treffen sich
alle Genossen bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, zur Vorwärtsagitation.
2. Kreis, Wilmersdorf. Die Konzeptionsarbeiten und die Theaterarbeiten zum
12. November können vom Sonntag ab beim Obmann des Ortsaus-
schusses, Auguststr. 6, von Mittwoch ab bei den Mitgliedern des Ortsaus-
schusses abgeholt werden.
11. Kreis, Schöneberg-Friedenau. Sonntag, den 29. Oktober, Treffpunkt zur
Vorwärtsagitation früh 9 Uhr bei Frau, Martin-Luther-Str. 63.

Heute, Sonnabend, den 28. Oktober:

- Charlottenburg-Spenden. Jeden Sonnabend von 5-6 Uhr im Jugendheim,
Charlottenburg, Köpenicker Str. 4, Juristische Gesellschaft.
14. Vor. Charlottenburg. 8 Uhr im Hotel Büchtemann, Holtenauerstr. 30, Juni-
tagungsarbeiten.
 18. Vor. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Oberer, Köpenicker Str. 60, Bannereiche.
 121. Vor. Köpenick. 5 1/2 Uhr Nachbesserung der Vereinigten Sozialdemo-
kratischen Partei bei Frau, Köpenicker Str. 16. Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Jun-
gen, auch der Leitungskommission, wird dringend gebeten.
- Die Arbeiterjugend-Festgenossenschaft veranstaltet heute abend im Waldhaus
(Zoo, West), Köpenicker Str. 12, einen Begrüßungsabend. Unkostenbeitrag
5 Mark. Alle Genossen werden gebeten, diese Veranstaltung recht zu unter-
stützen.

Morgen, Sonntag, den 29. Oktober:

1. Vor. Nachmittags 4 1/2 Uhr Winterfest und Bannereiche, verbunden mit
Konzerter und Theater in den Borsika-Sälen (großer Saal), Köpenicker Str. 6-7.
Billette sind zu haben bei der Borsika, Schlegelstr. 8, und bei Frau,
Schlegelstr. 9.
11. Vor. Alle Genossen treffen sich zur Vorwärtsagitation vormittags 8 1/2 Uhr
bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 28. Oktober:

- Jugendgenossen! Die Einlieferung des Jugendgenossen Hans Danneberg
findet heute abend 6 Uhr im Arrestorium Gerichtstraße statt. Jugendgenossen,
wir bitten euch, sich an der Einlieferung persönlich zu beteiligen.
Abkündigung, Kaffierer! Von 5-7 Uhr findet die Ausgabe der Marken, Ab-
rechnungen und Mitteilungsblätter im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Alle
Abteilungen müssen ihr Material abholen.
- Kampfbild. Jugendkämpfer in der Aula der Schule Montanstr. 6-66. Be-
stehend aus: Musik, Ansprache, Rezitation, rhythmische Tänze u. a. m. Un-
kostenbeitrag 5 Mark.
11. Kreis. Wichtige Kreismitgliederversammlung im Jugendheim Friedenau,
Offenbacher Str. 6a. Alle Jugendgenossen müssen erscheinen. Anfang 8 Uhr.

Morgen, Sonntag, den 29. Oktober:

- Abkündigung, Wandarbeiter. Streiktag durch den Grünwald. Alle Wand-
arbeiter müssen daran teilnehmen. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Grünwald.

Aus der Partei.

Die Frauenzeitung der einigen Partei. Das Frauenblatt der
bisherigen U.S.P., „Die Kämpferin“, stellt am 1. November
sein Erscheinen ein. Um eine Unterbrechung im Bezüge der Frauen-
zeitung zu vermeiden, wird ab 1. November die „Gleichheit“
allen bisherigen Abonnenten der „Kämpferin“ zugestellt. Die erste
Nummer ist als Werbenummer gedacht. Die „Gleichheit“ erscheint
wie bisher am 1. und 15. des Monats. Der Preis für die Einzel-
nummer beträgt zurzeit 4 Mark. Bestellungen sind zu richten an
den Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Arbeiter-Kolonienbund. Ortsgruppe Berlin. Sonnabend 7 1/2 Uhr Schule
Steinstr. 11 (an der Neuen Schöneburger Straße), Vortrag des Herrn Dr. med.
Drucker über: „Alkohol und Volksgesundheit“. Eintritt unentgeltlich.
- Bund sozialistischer Sozialisten. Folgende sozialistische Gedächtnisreden am
Sonntag, den 29. Oktober: Waack, 6 Uhr nachmittags, Reformations-
historie, 11. Köpenicker Str.; Wenzel, 10 Uhr nachmittags, Philipp-Reich-
thons-Kirche, Köpenicker Str. 16, Dr. Dieckmann, Thema: „Recht und Arbeit“.
- Freiwillige Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Rathaus, Ab-
schnitt, Vortrag des Herrn Dr. W. Reiz: Gerdort Hauptmann. Parzenium:
Roeterno (Feld). Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Schlüterberg 1. Fußball-Wettbewerb. Sonntag, den 29. Oktober, findet um
3 Uhr nachmittags ein interkommunales Treffen von Schlüterberg 1-Fußball-Club
gegen die Vereine Schlüterberg 2, Schlüterberg 3 und Schlüterberg 4
statt. Der Platz liegt in Schlüterberg, Schlüterberg, Ecke Krummhölzer Str.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Freitag, den 27. Oktober.

1. Rennen. 1. Martha III (Weiß), 2. Vontreffina (Nichtenfeld),
3. Bassenlamie (Nacht jr.), Toto: 26:10, Platz: 16, 22, 61:10. Ferner
liegen: Demerich, Rinow I, Prinz Eßford, Gullus I (Nicht), Worr, Adler,
Kenz I, Hoffnung II, Guck I, Raitzen S., Worganal.
2. Rennen. 1. Amorette (Schmidt), 2. Gassenmüdel (Hermann),
3. Hartenfels (Hörmann). Toto: 28:10, Platz: 21, 33, 24:10. Ferner
liegen: Grotus, Sehnisch I, Deborah II, Prinz, Wabel, Walch, Sigurd,
Erlauch, Kelpelt, Schütz, Anton (eine Wette).
3. Rennen. 1. Heißig (Kautenberger), 2. Gbina (Ed. Freundt),
3. Gregor I (Kaufer jr.). Toto: 44:10, Platz: 16, 18, 16:10. Ferner
liegen: Grotus, Wägelma, Berdum, Diana VII, Maximilian als Erster
bisqu. 60 Proq. der Einlage zurück.
4. Rennen. 1. Eggenz (Weiß), 2. Hartstein (Klingler), 3. Prinz
Rudolf (Nichtenfeld). Toto: 42:10, Platz: 17, 16, 21:10. Ferner liegen:
Cudler, Maria I, Abdullah Elmer, Kefei S., Wiese G., Albenker.
5. Rennen. 1. Jung Vergnüg (Dr. Schmalzer), 2. Maria (Weiß),
3. Wabrad (Klingler). Toto: 29:16, Platz: 17, 16, 25:10. Ferner
liegen: Wabrad, Hebbaul, Fidschalt, Hebbaul III, Hebbaul II, Hannu Dale.
6. Rennen. 1. Prinz Wagonan (Klingler), 2. Wabrad I (Rein-
feld), 3. Korona (Kautenberger). Toto: 17:10, Platz: 17, 15, 23:10.
Ferner liegen: Krimida I, Wina, Epperberg, Kollontänig, Johannisteur,
Kochlatter, Dollya, Simplan, Ute S. I, Kamellenbaum, Wargot I.
7. Rennen. 1. Reich (Nacht jr.), 2. Brocade (Dorlemann),
3. Kader (Hedert). Toto: 73:10, Platz: 26, 25, 40:10. Ferner liegen:
Gudrun II, W. Manbarin, Dusa, Libanon, Julia, Rosa Dillon, Wabrad
Hindenburg, Veta Girl, Kautenker, Wagonan (eine Wette).
8. Rennen. 1. Wina III (Ed. Freundt), 2. Eemind (Nichtenfeld),
3. Carl Kuller (Strager). Toto: 67:10, Platz: 25, 16:10. Ferner liegen:
Lorbeer, Topmambur, Wobd. II, Dögg, 60 Proq. der Einlage zurück.



Wirtschaft

Die Steigerung der Kohleproduktion.

Eine Erhöhung der Kohleförderung ist nach dem Verlust Ostoberschlesiens für die deutsche Wirtschaft geradezu eine Lebensfrage. Die Bergarbeiter haben das richtig erkannt, indem ihre große Mehrheit trotz prinzipieller Bedenken einem Uebersehensabkommen zustimmte. Werden auch die Erfolge des Uebersehensabkommens erst allmählich sichtbar, so besteht doch kein Zweifel daran, daß selbst die verhältnismäßig geringe Mehrleistung von 8 Proz. bereits eine wesentliche Erleichterung in der fast unerträglichen Kohlennot darstellt.

Es ist nun nichts mehr als verständlich, wenn man jetzt nach Wegen sucht, um auch über die Lohnpolitik eine Erhöhung der Bergarbeiterleistungen zu erreichen. Die Versuche, die dahin gehen und die ihren ersten Niederschlag in dem kürzlich erfolgten Schiedspruch für den Ruhrbergbau gefunden haben, werden in unserem gewerkschaftlichen Teil besonders gewürdigt. Vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus sind jedoch dazu noch einige Bemerkungen erforderlich, zumal die Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Schiedspruch bei vielen Bergarbeitern auf Mißtrauen, wenn nicht auf aktiven Widerstand stoßen wird.

Oberstes Ziel der Beteiligung der Gesamtheit der Bergarbeiter an der Mehrförderung durch eine erhöhte Lohnzahlung ist ja die Steigerung der Produktion. Sie aus Sorge um größeren Unternehmerprofit abzulehnen, wenn sie im Bereich des Möglichen liegt, hätten die Bergarbeiter sicherlich keinen Anlaß, solange diese enorme Knappheit an Kohlen besteht, deren größte Schärfe sich gegen die Allgemeinheit richtet, insbesondere gegen das Reich und gegen die letzten Verbraucher. Die Reichsbahn, aber auch Gas- und Elektrizitätswerke mußten ganz erhebliche Mengen von Auslandskohlen einführen, deren Bezahlung nur in fremden Devisen erfolgen konnte, so daß damit der Dollarkurs in die Höhe getrieben wurde.

Die Steuerzahler und die Verbraucher werden diese Mehraufwendungen zu tragen haben, sei es in erhöhten Steuerföhen, sei es in steigenden Warenpreisen, die ganz unabhängig von dem Inlandpreis der Kohle erfolgen. Kann nicht mehr inländische Kohle aufgebracht werden, so hat es schließlich auf die Dauer gar keinen Sinn, die inländischen Kohlenpreise niedrig zu halten, denn sowohl Eisenbahnen wie Gas- und Elektrizitätswerke, aber auch andere industrielle Unternehmungen, die jetzt Auslandskohle beziehen, werden mehr oder minder dazu gezwungen, den Auslandskohlenpreis ihrer Kalkulation zugrunde zu legen. Dadurch gestalten sich die Warenpreise so, als ob es billigere deutsche Kohle gar nicht gäbe, die Weltbewertung brückt sich schließlich im Warenpreise aus, die Inflation nimmt zu. Bei dieser Würdigung ist noch gar nicht davon die Rede gewesen, daß eine Erhöhung der Förderung auch eine bessere Versorgung der verarbeitenden Industrie ermöglicht und so vielerorts eine bessere Produktions-

leistung durch vollkommeneren Ausnutzung der Betriebe erzielen kann. Immer wieder sind es die Verbraucher, die in erhöhten Warenpreisen sowohl den steigenden Dollarkurs wie den teureren Preis der Auslandskohle, wie den erheblichen Leerlauf der Industrie bezahlen müssen.

Aus all diesen Gründen würden die Bergarbeiter sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie den Schiedspruch annehmen. Daß damit das Programm einer Steigerung der Produktion unseres wichtigsten Rohstoffes erst angeknüpft, längst noch nicht gelöst ist, liegt auf der Hand. Aber je mehr die Bergarbeiter dem Verbraucher zu Hilfe kommen suchen und je weniger sie an der meist recht blöden Hehe gegen ihre angebliche Arbeitsunwilligkeit Anstoß nehmen, desto mehr tragen sie dazu bei, unsere gesamte Wirtschaft leistungsfähiger zu gestalten und das Salutarium wenigstens an dem einen Punkte zu mildern, wo sie die Macht haben. Wir zweifeln nicht, daß die Bergarbeiter diese Einsicht haben und schon deshalb über manche Mängel, die diesem Schiedspruch als einem ersten Versuch anhaften müssen, hinwegsehen werden, wenn nicht von der anderen Seite noch unerwartete Schwierigkeiten diesem Plan entgegengesetzt werden. Gelingt so die Steigerung der Produktion, so wird ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft mit erhöhter Energie getan werden können; die gemeinwirtschaftliche Erschließung von neuen Schächten, die bereits an maßgebenden Stellen erwogen wird.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Das Volkswirtschaftsbüro meldet: Der vorgestern nacht gefällte Schiedspruch über eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne bildete die Grundlage für eine weitere Kohlenpreiserhöhung, welche die Organe der Kohlenwirtschaft heute vornahmen. Die Preise wurden erhöht u. a. für das Ruhrrevier (Hettfelderkohle) 2060 M. je Tonne, für das ostelbische und mitteldeutsche Braunkohlenhandikat 774 M. für Rohkohle und 2041 M. für Briketts. Die Preise gelten mit Wirkung ab 1. November, zu den Erhöhungen treten die üblichen Sätze für Steuern und Handelsnuzen.

Bei der Abstimmung wurde Einstimmigkeit nur bezüglich der Preiserhöhungen einiger kleinerer Reviere erzielt. Im übrigen enthielten sich vier Arbeitnehmer der Abstimmung; bei der Beschlußfassung über die Ruhrkohlenpreise stimmten vier Arbeitnehmer dagegen, weil sie nur eine Preiserhöhung um 1942 M. vertreten zu können glaubten. Die Arbeitnehmer machten geltend, daß die ihnen zugebilligten Lohnerhöhungen immer weiter hinter der Geldentwertung zurückblieben und daher mühten auch Werksbesitzer auf Teile der Materialpreiserhöhung verzichteten. Die Werksbesitzer verwiesen auf die große Preissteigerung der Materialien, insbesondere für Holz, die größer sei als die Erhöhung der Indexpfizer der Lebenshaltung, sowie auf die Geld- und Kreditnot der Werke, die sich immer weiter verschärfe.

Konkurse gibt es fast gar nicht mehr — ein Zeichen dafür, daß die Kreditnot in der gewerblichen Tätigkeit noch nicht ihren Niederschlag findet. Im September zählte man insgesamt 45 Kon-

kurse gegen 59 im Vormonat und 256 im Vorjahr, wobei zu bedenken ist, daß auch die Zahl der Konkurse im Vorjahre nur einen Bruchteil derjenigen Konkurse ausmacht, die selbst in Zeiten glänzender Konjunktur vor dem Kriege Regel waren.

Für 35 1/2 Milliarden Mark neue Noten wurden in der dritten Woche des Oktobers ausgegeben. Es sind also jetzt insgesamt für 410 Milliarden Mark Banknoten im Verkehr, daneben noch für 14 Milliarden Mark Darlehensschuldscheine. Auch der letzte Ausweis zeigt eine weitere Zunahme der Handelswechsel bei der Reichsbank, es kamen davon 12,8 Milliarden Mark hinzu. Andererseits ist auch der Bestand der Reichsbankausweisungen weiter gewachsen; er beträgt jetzt ca. 405,8 Milliarden Mark.

Die Stagnation im Genossenschaftswesen, die sich vor mehreren Monaten geltend machte, scheint vorläufig überwunden zu sein. Jedenfalls brachten die letzten Monate wieder steigende Zahlen im Bestand der Genossenschaften. Zwar sind die Gründungen nach wie vor wenig zahlreich, nur 263 Genossenschaften wurden im September gegen 343 im August neu gegründet. Aber auch die Zahl der Auslösungen geht zurück. Es wurden nur 116 Genossenschaften gegen 163 im August aufgelöst, so daß der gesamte Bestand um 147 auf 49567 Organisationen zugenommen hat. Auch die Zahl der Konsumvereine weist wieder einen Zuwachs um 7 auf. Er ist gering im Verhältnis zu der starken Ausbreitung des übrigen Warenhandels, aber immerhin ein Zeichen der Besserung gegenüber denjenigen Monaten, wo infolge von Zusammenlegungen die Zahl der Auslösungen den Genossenschaften gegenüber den Neugründungen überwoog.

Devisenkurse. Unserer getrigen Kursstapel ist noch nachzutragen: 1 nugarische Krone 1,64 B., 1,66 B. — 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 26 B.

Bei Hautausschlag, Beinschäden

(Krampladern)
ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe
seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 55 u. 155 M.
Elefanten-Apotheke, Berlin SW
Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.



Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schläpfer, prima Stoffe
Vollwertiger Ersatz für Maß u. Zivile Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 56

Achtung! Neu eingetroffen! Achtung!

Große Posten in Herbst- u. Winterstoffen direkt ab Fabrik

Herrenstoffe 140 u. 160 cm breit, vom billigsten bis zur besten Maß-Qualität.
Ulsterstoffe für Damen u. Herren, vom einfachsten bis zum besten Flausch mit angewebtem Futter.
Kostümstoffe 130 und 140 cm breit, marine und alle anderen Farben, in großer Auswahl.

Kleiderstoffe einfarbig gestreift und kariert, in großer Auswahl.
Eolienne u. Seide versch. Qualitäten, in vielen Farben am Lager.
Blusenstoffe einfarbig, röm. Streifen und hübsche Karos in reichlicher Auswahl.

Köper-Sammet Lindener Qualität, in reichlicher Farben-Auswahl am Lager.
Frotté glatt und gestreift, in vielen Arten.
Voll-Voile weiß und sämtliche Farben am Lager.

Ganz besonders zu empfehlen:
Ein großer Posten Kleiderstoffe schwarz, mar. und sämtliche Farben, doppelt breit. Meter **790,-**

Ganz besonders zu empfehlen:
Ein großer Posten Kleiderstoffe moderne Karos, doppelt-breit. Meter **590,-** und **790,-**

Ganz besonders zu empfehlen:
Ein groß. Posten Crépe-Marocain für Ball- und Gesellschaftskleider, in allen Farben. 105 cm breit. Meter **1760,-**

Ausserdem reichliche Auswahl in Leinen- und Baumwollwaren:
Kleiderbarchente, Hemdenbarchente, Flanelle, Schürzenstoffe, Satin, Unterrockbarchente u. sämtliche Wäschestoffe für Leib- u. Bettwäsche

HANS PRANGE nur Berlin SO 36, Wiener Str. 15

Lieferant der Berliner Lehrer- und Beamten-Vereinigung
Telephon: Moritzplatz 7443
Straßenbahnlinien 11, 12, 16, 18, 22, 32, 91, 93, 94, 98, 116, Hochbahnstation Oranienstraße
am Gürlitzer Bahnhof

Verteuerung überall!

Doppelte Kohlenpreise

Post bis 500

480% Bahnfracht

500% Mietssteigerungen

Preissteigerungen am Ledermarkt!

2 August	2300 M.
2. August	800 M.
2. August	210-250 M.
17. Okt.	2300 M.
17. Okt.	800-1500 M.

Ergebnisse der Berliner Häuteauktion.

18. Aug.	10 Okt.	361 M.
170	341	
178	363	
190	373	
4400	5300	
ca. 200-300 %		
mehr über 100 %		

Dollar heffern **4425**
(24. 8. 1425)



Es wird teurer!

Wir können deshalb unserer alten Kundschaft nur den guten Rat geben, recht bald ihren Bedarf bei uns zu decken, da auch unsere Läger zu billigen Preisen sich einmal erschöpfen müssen.

Schuhfabrik **Tacke** & Cie AG
Burg
b. Magdabq

SW. Friedrichstr. 2404	NW. Wilsnacker Str. 22	O. Andreasstrasse 50	C. Rosenthaler Strasse 14
W. Potsdamer Strasse 50	N. Brunnenstrasse 37	O. Frankfurter Allee 27	Neukölln, Bernerstr. 30/31
W. Schillstrasse 16	N. Danziger Strasse 1	SO. Oranienstrasse 24	Charlottenburg, Wilhelmsburger Str. 122/23
NW. Beusselstrasse 29	N. Friedrichstrasse 130	SO. Wrangelstrasse 49	Potsdam, Bismarckstrasse 34
NW. Turmstrasse 41	N. Mollerstrasse 3	C. Spittelmarkt 15	Brandenburg a. d. Havel, Hauptstr. 15

